

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Meyer, Kurt / Fehr, Hermann / Augsburg, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1990)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. Kurt Meyer
(bis 31. Mai 1990)
Regierungsrat Hermann Fehr
(ab 1. Juni 1990)
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. Ueli Augsburgberger

Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Directeur: le conseiller d'Etat Kurt Meyer
(jusqu'au 31 mai)
le conseiller d'Etat Hermann Fehr
(à partir du 1^{er} juin)
Suppléant: le conseiller d'Etat Ueli Augsburgberger

1. Einleitung

1.1 Die Direktion hat sich für eine zukunftsgerichtete Politik laufend mit den verschiedenen, teilweise grundlegenden Veränderungen im Gesundheits- und Fürsorgewesen zu befassen. Eine der einschneidendsten ist die stark wachsende Zahl von Betagten und Hochbetagten. Deshalb lag ein Schwerpunkt der – vor allem planerischen – Tätigkeit im Berichtsjahr bei den Arbeiten zum Altersleitbild 2005 sowie der SPITEX-Förderung (vgl. Ziffern 2.3.6 und 2.3.7). Die Leitgedanken lassen sich mit folgenden drei Stichworten charakterisieren: Grösstmögliche Selbständigkeit der Betagten, Kontinuität im täglichen Leben und integriertes Dienstleistungsangebot. Im Mittelpunkt steht die Förderung einer weitgehenden Erhaltung der Selbständigkeit der Betagten. Dies bedingt jedoch vernetzte ambulante und stationäre Dienstleistungen, die im erforderlichen Ausmass Hilfeleistungen anbieten bei gleichzeitigem Bestreben, die Betagten möglichst nicht in Abhängigkeit geraten zu lassen, sondern sie – soweit sie dies mit ihren Kräften noch schaffen können – zur Selbsthilfe zu animieren.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die von der Direktion im Mai veranlasste Eröffnung der Vernehmlassung zum Bericht «Alterspolitik 2005». Der Altersbericht soll die gesamte Bevölkerung für Probleme des Alters sensibilisieren, nach dem alten spanischen Sprichwort «Wenn Du alt werden willst, musst Du beizeiten damit beginnen». Gemeinsam mit den Gemeinden und den privaten Institutionen muss der Kanton versuchen, Anregung und soweit möglich Hilfestellung zu bieten zur kreativen Auseinandersetzung für einen – trotz Behinderung und Krankheit – lebenswerten und erfüllten Lebensabend.

1.2 Das Asylwesen war im Berichtsjahr einer der schwierigsten Bereiche der Direktion (vgl. Ziffern 2.2.1 und 2.2.4). Die stark wachsende Zahl der neuen dem Kanton Bern zugewiesenen Asylbewerber/Asylbewerberinnen überforderte die personellen und räumlichen Kapazitäten der Fürsorgeabteilung. Hektik und provisorische Lösungen sowie die chronische Überbelastung des Leitungspersonals waren die Folgen. Die Direktion beschloss deshalb, die Strukturen der Koordinationsstelle für das Asylwesen zu überprüfen und beauftragte hierzu eine Beratungsfirma. Ebenso gelangte sie an die kantonale Liegenschaftsverwaltung zwecks Bereitstellung der erforderlichen Räumlichkeiten. Ende des Berichtsjahres waren die Arbeiten der Beratungsfirma in vollem Gange.

Für den Kanton wie auch für die Gemeinden wird es immer schwieriger, Obdachlosigkeit unter den Asylbewerbern zu vermeiden und genügend Unterkunftsplätze bereitstellen zu kön-

1. Introduction

1.1 Résolument tournée vers l'avenir, la Direction adapte sans cesse sa politique aux réalités mouvantes – parfois radicalement changeantes – de la santé publique et de l'assistance sociale. Or parmi les grandes tendances actuelles, comment ne pas citer l'augmentation du nombre des personnes du 3^e, voire du 4^e âge? Aussi les travaux – de planification notamment – sur les principes directeurs pour la «Politique du 3^e âge 2005» et le maintien à domicile (MAD) (cf. ch. 2.3.6 et 2.3.7) ont-ils tenu une large place au cours de cet exercice. Trois principes directeurs résumant très bien l'esprit dans lequel ces travaux ont été menés: des personnes âgées aussi autonomes que possible, un quotidien harmonieux, des prestations intégrées. L'autonomie des personnes âgées a joué un rôle crucial. Elle suppose toutefois des liens étroits entre les prestations hospitalières et ambulatoires – prestations qui devront fournir toute l'assistance voulue sans toutefois induire une dépendance chez la personne âgée, c'est-à-dire l'inciter, pour autant que ses forces le lui permettent, à s'aider elle-même.

En mai dernier, la Direction a fait un premier pas en ce sens lorsqu'elle a soumis à la consultation le rapport «Politique du 3^e âge 2005». Elle entendait par là sensibiliser l'ensemble de la population au problème du vieillissement. Un vieux proverbe espagnol dit en effet: «Si tu veux devenir vieux, il faut t'y prendre à temps». Ensemble, le canton, les communes et les institutions de droit privé doivent s'efforcer d'encourager et dans la mesure du possible d'aider les personnes âgées, quand bien même elles seraient malades et handicapées, à bien vivre le crépuscule de leurs jours.

1.2 L'asile s'est avéré un problème particulièrement délicat au cours de cet exercice (cf. ch. 2.2.1 et 2.2.4). Le Service de prévoyance sociale a eu beaucoup de mal, autant par manque de personnel que de locaux, à faire face aux vagues successives – toujours plus nombreuses – de requérants et de requérantes d'asile affectés au canton de Berne. Au bilan: des cadres surmenés et des solutions peu satisfaisantes. La Direction estima donc qu'il était temps de revoir l'organisation de son Service de coordination en matière de demandeurs d'asile. En fin d'exercice, le cabinet de consultants qu'elle chargea de cette révision était encore à pied d'œuvre. Quant aux problèmes matériels d'hébergement, la Direction a dû avoir recours à l'Administration cantonale des domaines.

Le canton, comme d'ailleurs les communes, trouvent toujours plus ardue la tâche qui est la leur: héberger les demandeurs d'asile. Au second semestre, on a donc dû improviser: certains

nen. In der 2. Jahreshälfte musste notgedrungen auf grössere Zivilschutzanlagen als Erstaufnahmezentren mit Betreuung durch Zivilschutzpflichtige ausgewichen werden.

Es ist davon auszugehen, dass eine Stabilisierung der Zahl der in die Schweiz einreisenden Asylbewerber kurzfristig kaum erwartet werden kann. Der Handlungsspielraum der Direktion in diesem Bereich ist praktisch ausschliesslich auf Unterstützungs- und Betreuungsfunktionen aufgrund der bundesgesetzlichen Grundlagen beschränkt. Ein grundsätzliches Angehen dieses Problems auf Kantonsebene ist nicht möglich.

1.3 Kantonale Armutsstudie: Die Feldforschung konnte im Berichtsjahr vollständig abgeschlossen werden. Der mit der Feldforschung beauftragte Auftragnehmer erstellte eine erste einfache Häufigkeitsauszählung sämtlicher erhobenen Variablen und übermittelte das gesamte Datenmaterial in computerlesbarer Form. Damit ist sein Auftrag abgeschlossen.

Die problemorientierte Auswertung der Daten obliegt nun der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung. Dabei stellen sich noch eine Reihe schwieriger methodischer Fragen, insbesondere in bezug auf die Operationalisierung und gegenseitige Verknüpfung von Einkommens- und Lebenslagenkriterien der «Armut». Die Terminplanung für die Auswertung, die Redaktion des Schlussberichtes sowie die Medienberichterstattung wurden festgelegt und mit der Stadt Bern abgesprochen, für welche der Kanton die Auswertung der städtischen Zusatzstichprobe (vgl. Verwaltungsbericht 1989) übernimmt. Die Medienberichterstattung soll im Jahre 1991 erfolgen.

Der Schweizerische Nationalfonds hat kürzlich den Kredit für das nationale Forschungsprogramm Nr. 29 über «Lebensformen und soziale Sicherheit» aufgestockt, um eine gesamtschweizerische Armutsstudie nach dem Vorbild der bernischen Untersuchung durchzuführen.

1.4 In der Drogenpolitik waren im Berichtsjahr keine wesentlichen Durchbrüche zu erzielen. Die Situation ist vielmehr durch das Abwarten auf die Entscheide des Bundesrates gekennzeichnet; bekanntlich hat er zum Bericht seiner Subkommission, der ihm bereits 1989 übermittelt worden ist, noch nicht Stellung genommen. Die Direktion veranstaltete erstmals gemeinsam mit den Behördenvertretern der Fürsorgedirektionen der Städte Bern, Biel und Thun eine Pressekonferenz. Dabei zeigte sich, dass in diesem Kreise eine weitgehende Übereinstimmung in der Sicht des Drogenproblems herrscht. Aus verschiedenen Gründen war es nicht möglich, im Berichtsjahr wie geplant eine zweite Anlaufstelle für Fixer in Bern sowie die Eröffnung von Anlaufstellen in Biel und Thun zu realisieren, obwohl dies von zuständigen Behördenvertretern der Städte und vom Kanton als dringend erforderlich erachtet worden ist. Die Direktion gelangte im übrigen zu diesem Thema auch an die Fürsorgedirektoren- sowie die Sanitätsdirektorenkonferenz.

1.5 Ende des Berichtsjahres hatte sich die Direktion intensiv mit den Konsequenzen der Budgetentscheide des Grossen Rates zu beschäftigen. Nachdem bereits der Regierungsrat im Sommer auf die Wiedererwägungsanträge im Ausmass von rund 16 Mio. Franken nicht eingetreten ist, führen die nun vom Grossen Rat zusätzlich verlangten Einsparungen – insbesondere im Bereich der Subventionen – zu grossen Problemen. Die der Direktion bewilligten Budgetmittel reichen nach den Kürzungen nicht aus, um ohne Entlassungen und Abbau von wesentlichen Dienstleistungen sämtliche bereits im Vorjahr subventionierten Institutionen weiterhin im erforderlichen Mass finanziell unterstützen zu können. Berechtigte Begehren um Stellenplanerweiterungen mussten praktisch vollumfänglich zurückgewiesen werden. Auf neue, ebenfalls ausgewiesene Bedürfnisse konnte mit wenigen Ausnahmen nicht eingetreten werden.

abris spacieux de la protection civile devenaient centres de premier accueil et certaines personnes astreintes au service de la protection civile, préposées à l'encadrement.

Sans doute est-il illusoire d'espérer qu'à court terme le nombre des demandeurs d'asile arrivant en Suisse se stabilise. En la matière, la législation fédérale assigne à la Direction un rôle qui n'est guère fait que d'assistance et d'encadrement. Il n'est pas possible à la Direction de traiter les questions de fond.

1.3 Etude cantonale sur la pauvreté: L'exercice sous rapport a vu l'enquête sur le terrain être menée à bien. A la suite de quoi le mandataire a établi sur ordinateur le tableau de fréquence des variables retenues.

Au Service d'évaluation scientifique dès lors de les analyser. Ce qu'il a entrepris de faire dès qu'il a eu, entre autres questions méthodologiques, établi le lien entre les deux critères de pauvreté «revenu» et «situation personnelle». Le calendrier de l'évaluation, de la rédaction du rapport final et du rapport aux médias a été négocié avec la Ville de Berne, dont l'échantillon représentatif complémentaire (cf. Rapport de gestion 1989) sera évalué par le canton. Le rapport aux médias est attendu pour 1991.

Le Fonds national suisse a récemment débloqué des fonds supplémentaires en faveur du programme national de recherche N° 29 sur «les changements des modes de vie et l'avenir de la sécurité sociale» de façon à mettre en œuvre, à l'instar de l'étude bernoise, une étude, nationale cette fois, sur la pauvreté.

1.4 Pas de résultats significatifs au compte de la politique de lutte contre la drogue cette année. Et pour cause: le Conseil fédéral ne s'est toujours pas prononcé sur le rapport de la sous-commission qu'on lui a pourtant remis dès 1989. Une première toutefois: la Direction a tenu une conférence de presse commune avec les représentants des Directions municipales des œuvres sociales de Berne, de Bienne et de Thoue. On s'est alors aperçu que l'appréciation du problème faisait l'objet d'un large consensus. Pour différentes raisons, il n'a pas été possible, au cours de l'exercice, de mettre à exécution les projets d'ouverture d'antennes pour toxicomanes à Berne (où il en existe déjà une), à Bienne et à Thoue. Et cela, quand bien même les représentants concernés des villes et du canton y voient une urgence. La Direction cantonale des œuvres sociales a d'ailleurs contacté à ce propos la Conférence des directeurs cantonaux de l'assistance publique et celle des directeurs cantonaux des affaires sanitaires.

1.5 En fin d'exercice, la Direction a dû prendre un grand nombre de dispositions en relation avec les arrêtés budgétaires du Grand Conseil. Depuis que le Conseil-exécutif a de son côté rejeté, l'été passé, les demandes en reconsidération du budget portant sur quelque 16 millions de francs, les économies supplémentaires – notamment en matière de subventions – qu'exige maintenant le Grand Conseil avivent encore les difficultés. Les crédits de la Direction, amputés qu'ils sont par les coupes budgétaires, ne suffisent en effet plus à subventionner les institutions qui l'étaient déjà à hauteur de leurs besoins – institutions qui se voient acculées à des coupes dans le personnel et les prestations. On a dû rejeter presque systématiquement les demandes en augmentation des effectifs, fussent-elles justifiées. Idem malheureusement pour la majorité des autres besoins.

2. **Bericht der Abteilungen**2.1 **Direktionssekretariat**2.1.1 *Personelles*

Im Berichtsjahr traten in den Dienst der Direktion Balsiger Monika, Brand Thomas, Dietrich Christian, Fankhauser Marianne, Harnischberg Irene, Keusen Brigitte, Rösli Walter, Schlup Renata, Van Herwijnen Christine, bei der Fürsorgeabteilung bzw. der ihr angegliederten Asylkoordination. Diese Abteilung verliessen Beer Margrit, Pellegrini Isabella, Rösli Walter, Rüfenacht Christoph und Zwahlen Christine. Im Fürsorgeinspektorat waren drei Eintritte, Hühn Elisabeth, Dr. Kopp Walter und Muther Ursula, sowie drei Austritte, Cohen Marianne, Jenzer Julia und Loosli Jürg zu verzeichnen.

Personelle Mutationen innerhalb des Direktionssekretariates betrafen Neuhaus Margrit und Gerber Heinz, die im Laufe des Berichtsjahres ihre Arbeit aufnahmen und diese ebenfalls wieder verliessen. Mit Dank für die geleisteten Dienste wurden in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet Fachbeamtin Schwab Erika (Fürsorgeabteilung), Adjunkt Gygax Eduard (Fürsorgeinspektorat) und Verwaltungsbeamter Schweizer Franz (Direktionssekretariat).

2.1.2 *Kantonale Kommissionen*

Die Kantonale Fürsorgekommission trat im Berichtsjahr zu 9 (Vorjahr 9) Sitzungen zusammen. Dabei wurden 39 (40) Geschäfte begutachtet, wobei wiederum Bau- und Betriebsgeschäfte von Fürsorgeinstitutionen im Vordergrund standen. Mit dem Ablauf der Amtszeit auf Ende des Berichtsjahres haben Dübli Anna, Gygi Babara, Hänsenberger Lyn sowie Bärffuss Willy demissioniert.

Mit der am 1. Juli in Kraft gesetzten Verordnung vom 30. Mai über die Kantonale Kommission zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs wurden einerseits die Alkohol- sowie die Drogenkommission aufgehoben und andererseits ein die Suchtproblematik im allgemeinen bearbeitendes beratendes Organ der Direktion geschaffen. An ihrer ersten Sitzung vom Oktober konstituierte sich die neue «Suchtmittelkommission». Die Arbeitsgruppe Alkohol der neuen Kommission nahm positiv Stellung zum veränderten Konzept des Therapie- und Rehabilitationszentrums «Wysshölzli» Herzogenbuchsee, währenddem sich die Arbeitsgruppe Drogen mit dem Grundsatzpapier zur Drogenpolitik der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und mit Beurteilungskriterien für stark ideologisch ausgerichtete therapeutische Wohngemeinschaften auseinandersetzte.

Die Kantonale Kommission für Gesundheitserziehung tagte zweimal. Neben der Diskussion von Möglichkeiten, wie gesundheitsfördernde Aktivitäten vermehrt in Betrieben und Gemeinden durchgeführt werden können, beschäftigte sich die Kommission auch mit den Fragen einer neuen Zusammensetzung und veränderter Aufgaben einer eventuell ersatzweise zu schaffenden zukünftigen Kommission für Gesundheitsförderung.

2.1.3 *Bekämpfung des Alkoholismus*

Das im Architekturwettbewerb für den Neu- und Umbau des sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach prämierte Pro-

2. **Rapport des divers services**2.1 **Secrétariat de Direction**2.1.1 *Personnel*

Durant l'exercice sont entrés au service de l'Etat: M^{me} Monika Balsiger, MM. Thomas Brand et Christian Dietrich, M^{mes} Marianne Fankhauser, Irene Harnischberg et Brigitte Keusen, M. Walter Rösli, M^{mes} Renata Schlup et Christine Van Herwijnen au Service de prévoyance sociale ou, plus précisément, au Service de coordination en matière de demandeurs d'asile qui lui est affilié. Ont quitté ce même Service, M^{mes} Margrit Beer et Isabella Pellegrini, MM. Walter Rösli et Christoph Rüfenacht et M^{me} Christine Zwahlen. L'Inspection des œuvres sociales a vu l'entrée en fonction de trois personnes, M^{me} Elisabeth Hühn, M. Walter Kopp et M^{me} Ursula Muther, et le départ de trois autres, M^{mes} Marianne Cohen et Julia Jenzer et M. Jürg Loosli.

Au Secrétariat de direction, M^{me} Margrit Neuhaus et M. Heinz Gerber sont tous deux entrés en fonction dans le courant de l'exercice pour se retirer avant la fin. Ont quitté la Direction avec remerciements pour les services rendus M^{me} Erika Schwab, fonctionnaire spécialisée au Service de prévoyance sociale, M. Eduard Gygax, adjoint à l'Inspection des œuvres sociales, et M. Franz Schweizer, fonctionnaire d'administration au Secrétariat de direction, qui ont pris une retraite bien méritée.

2.1.2 *Commissions cantonales*

Au cours des neuf séances (pour neuf l'exercice précédent) qui ont réuni, au cours de cet exercice, la Commission cantonale des œuvres sociales, 39 affaires (contre 40 l'exercice précédent) ont pu être traitées – la plupart ayant de nouveau porté sur des subventions à la construction et à l'exploitation en faveur d'institutions d'aide sociale. En fin d'exercice, leur période de fonction écoulée, M^{mes} Anna Dübli, Barbara Gygi et Lyn Hänsenberger, ainsi que M. Willy Bärffuss ont démissionné de leur poste.

Avec l'entrée en vigueur au 1^{er} juillet de l'ordonnance du 30 mai sur la Commission cantonale de lutte contre les toxicomanies, on a supprimé la Commission pour la lutte contre l'alcoolisme et celle de lutte contre l'abus de la drogue et créé, dans le même temps, un organe consultatif, rattaché à la Direction, chargé des problèmes de toxicomanies au sens large. Lors de sa première séance, en octobre, naquit la nouvelle «Commission des toxicomanies». L'un des nouveaux groupes de travail issus de cette commission, le groupe de travail «alcoolisme» a approuvé la nouvelle orientation du Centre de thérapie et de réadaptation «Wysshölzli», Herzogenbuchsee, tandis que le second, le groupe de travail «drogue» débattait des principes directeurs pour la politique de lutte contre la drogue des Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales et des critères d'appréciation à appliquer aux communautés d'habitation thérapeutiques très engagées idéologiquement.

La Commission cantonale d'éducation en matière de santé s'est réunie à deux reprises. Il s'agissait de voir d'une part comment intensifier la promotion de la santé à l'intérieur des communes et des entreprises et d'autre part si elle ne devrait pas se muer en une commission pour la promotion de la santé avec les modifications dans la composition et les compétences que cela supposerait.

2.1.3 *Lutte contre l'alcoolisme*

Le projet retenu à l'issue de la mise à un concours d'architectes des travaux de construction et de transformation au centre

jekt wurde durch die Trägerschaft zu einem Vorprojekt weiterbearbeitet.

Für die Planung eines Wohnheims für Alkoholranke im ehemaligen Schulheim Aarwangen hat sich insofern eine Verzögerung ergeben, als weitere Institutionen Bedarf für Räumlichkeiten in den Liegenschaften angemeldet haben und vorerst mit einer Raumstudie des Hochbauamtes abgeklärt werden soll, welche Projekte nebeneinander verwirklicht werden könnten. Eine allfällige Stiftung als Trägerschaft für das Wohnheim wird von den interessierten Gemeinden der Region erst nach Vorliegen dieser Studie gegründet werden.

2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Nach dem klaren Beitragsbeschluss des Grossen Rates für zwei Anlaufstellen in der Stadt Bern konnte vorerst eine Anlaufstelle auf der Kleinen Schanze eröffnet werden. Die mit der Eröffnung der zweiten Anlaufstelle an der Nägeligasse verfügte Schliessung des Fixerraums auf der Kleinen Schanze durch die städtischen Behörden führte zum Rückzug des Betreuungsteams der Stiftung Contact. Dieses Beispiel zeigt, dass die Verwirklichung derartiger Projekte nur dann möglich ist, wenn der Kanton, die Sitzgemeinde und die Trägerschaft der Einrichtung ein gemeinsames Ziel verfolgen. Mit der Absicht, diesbezüglich zu Übereinstimmung zu gelangen, arbeiten Fachleute der kantonalen Fürsorgedirektion in entsprechenden Fachgruppen der Städte Bern und Biel mit. Dem gleichen Zweck diene die Einladung an die Kantonsvertreter zu einer Studienreise nach Stockholm und Hamburg.

Zur Harmonisierung und Koordination der kantonalen Massnahmen, zur Verminderung des Drogenkonsums und zur Bewältigung von dessen Folgen im Sinne einer vom Grossen Rat überwiesenen Motion beantragte die Fürsorgedirektion dem Regierungsrat die Schaffung einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe «Drogenpolitik». Diese wird ihre Tätigkeit 1991 aufnehmen. Die Arbeitsgruppe der Gesundheits- und Fürsorgedirektion, die sich unter Leitung des Direktionssekretariates mit der Erarbeitung eines Berichtes über die Grundlagen für eine wirkungsvolle Bernische Drogenpolitik beschäftigt, konnte ihren Bericht im Entwurf fertigstellen. Er wird demnächst in einer für eine breitere Öffentlichkeit zugänglichen Fassung vorgestellt werden.

In Burgdorf konnte die Jugend- und Drogenberatungsstelle JUDRO eröffnet werden. Damit ist ein weiterer Schritt in Richtung dezentraler Drogenhilfe getan worden. Der Verein «Fallschirm», der in Biel eine niederschwellige Entzugsstation betreibt, konnte mit einem Überbrückungskredit unterstützt werden, ebenso der Trägerverein eines Krankenzimmers für an Aids erkrankte Drogenabhängige in Bern. Allgemein herrscht bei den Trägern bestehender und geplanter Einrichtungen in Anbetracht der kantonalen Budget-Restriktionen Verunsicherung über die Weiterentwicklung der Drogenhilfe.

2.1.5 *Gesundheitsförderung*

Aus dem Fonds zur Krankheitsbekämpfung erhielten verschiedene Projekte in Gemeinden wie z. B. die «Oberländer Aktionswoche rund ums Essen» in Interlaken, oder «Langnau gsung und zwäg», die dadurch die Idee der Gesundheitsförderung einer breiten Bevölkerung näherbringen möchten, kleinere Beiträge. Ebenso konnte die «Arbeitsgemeinschaft Nichtraucher

socio-thérapeutique de Kichlindach en est maintenant, suite aux travaux de la collectivité responsable, au stade de l'avant-projet.

La planification d'un foyer pour alcooliques sur l'emplacement de l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen a souffert de quelques retards. D'autres institutions ont en effet signalé leur intérêt pour ces locaux et l'on attend encore que l'Office des bâtiments ait, au terme de son étude des locaux, décidé quels projets pourraient être menés en parallèle. Si les communes de la région que cela concerne devaient instituer une fondation collectivité responsable, ce ne sera qu'au vu de cette même étude.

2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

Depuis que le Grand Conseil a pris la ferme décision de principe de subventionner deux antennes pour toxicomanes dans la Ville de Berne, l'une d'entre elles a pu être ouverte à la «kleine Schanze». La décision des autorités communales de fermer les locaux d'injection à la «kleine Schanze» dès l'ouverture de la seconde antenne, dans la Nägeligasse, a amené l'équipe d'encadrement de la Fondation Contact à se retirer. Cette réaction montre bien que ce type de projet n'est réalisable que lorsque le canton, la commune concernée et la collectivité responsable de l'institution poursuivent un seul et même but. En vue de dégager un tel consensus, la Direction cantonale des œuvres sociales a délégué un certain nombre de spécialistes aux réunions des groupes de travail compétents des Villes de Berne et de Bienne. Si l'on a invité les représentants du canton à se joindre à un voyage d'étude à Stockholm et à Hambourg, c'est aussi avec cette intention.

Dans le but d'harmoniser et de coordonner les mesures du canton, de lutter contre l'abus de la drogue et de faire face à ses conséquences, comme le veut une motion adoptée par le Grand Conseil, la Direction des œuvres sociales a déposé auprès du Conseil-exécutif une demande visant à créer un groupe de travail inter-Directions «politique de lutte contre la drogue». Il devrait être à pied d'œuvre en 1991. Le groupe de travail que les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales ont chargé, sous la direction du Secrétariat de Direction, de dresser un rapport sur les facteurs-clés d'une politique bernoise de lutte contre la drogue efficace a réussi à pousser ses travaux jusqu'au stade de l'avant-projet. Une version simplifiée de ce rapport à l'intention du grand public devrait paraître sous peu.

A Berthoud s'est ouvert le centre de consultation pour jeunes et toxicomanes JUDRO. Un nouveau pas donc sur la voie de la décentralisation des services d'aide aux toxicomanes. L'Association «Fallschirm» responsable d'une unité de détoxification souple à Bienne a bénéficié d'un crédit-passerelle. Il en a été de même pour la collectivité responsable d'une «Krankenzimmer» (maison du sida) pour toxicomanes atteints du sida de Berne. Globalement, les responsables d'institutions, qu'elles existent déjà ou soient simplement projetées, se demandent avec inquiétude quel avenir les coupes dans le budget du canton réservent à l'aide aux toxicomanes.

2.1.5 *Promotion de la santé*

Le Fonds de lutte contre les maladies a permis de cofinancer modestement différents projets communaux comme la «Oberländer Aktionswoche rund ums Essen» (semaine de promotion : l'Oberland à table) à Interlaken ou «Langnau gsung und zwäg» (Langnau en bonne santé et en forme) qui s'étaient fixé pour objectif de sensibiliser le grand public à la santé. Ont égale-

BAN» und die «Arbeitsgemeinschaft Tabakmissbrauch AT» in ihren präventiven Aktivitäten unterstützt werden. Der Bernische Verband für Suchtfragen und seine PLUS-Fachstellen für Sucht- und Gesundheitsfragen erarbeiteten im Sinne einer überwiesenen Motion ein Konzept für eine Grosskampagne gegen den Drogenmissbrauch. Es wurden Gespräche mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen sowie mit den grösseren Gemeinden geführt, um eine Abstimmung verschiedenster Aktivitäten in diesem Bereich zustandezubringen. Ein endgültiges Konzept wird frühestens Mitte 1991 vorliegen.

2.1.6 Rechtsabteilung

Die administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnete Rechtsabteilung behandelt auch die Rechtsgeschäfte der Fürsorgedirektion; sie ist als gemeinsame Abteilung für beide Direktionen tätig.

Die Arbeiten an einer Gesamtrevision des Fürsorgegesetzes wurden weitergeführt. Parallel mit der Überprüfung der Finanzierungsstrukturen im Gesundheitsbereich wurden Finanzierungsgrundsätze für ein neues Fürsorgegesetz erarbeitet. Der vorliegende interne Entwurf wird in diesem Sinne zu überarbeiten sein.

Ende März des Berichtsjahres konnte die Vernehmlassung zum kantonalen Asylgesetz eröffnet werden. Die eingegangenen Stellungnahmen begrüsst die Vorlage mehrheitlich. Nach einer weiteren Bereinigung wird das Gesetz im Laufe des nächsten Jahres vor den Grossen Rat gebracht werden.

In Ausführung der vom Grossen Rat am 21. November 1989 verabschiedeten Änderung des Dekretes vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus hinsichtlich der Zusammenlegung der vormaligen Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Drogenkommission hat der Regierungsrat am 30. Mai die Verordnung über die kantonale Kommission zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs erlassen.

Am 19. September hat der Grosse Rat die Errichtung der Viktoria-Stiftung Richigen beschlossen. Damit werden die bisher als privatrechtliches Zweckvermögen der unselbständigen «Viktoria-Stiftung Richigen» ausgeschiedenen Vermögenswerte einer selbständigen privatrechtlichen Stiftung übertragen, der inskünftig der Betrieb des Heimes für Kinder und Jugendliche obliegen wird. Mit Beschluss vom 5. Dezember hat der Regierungsrat die Verordnung vom 17. April 1985 über die Viktoria-Stiftung Richigen auf den 1. Januar 1991 aufgehoben und die Direktion ermächtigt, die Stiftungsurkunde zur Errichtung der Viktoria-Stiftung Richigen namens des Staates Bern als Stifter zu unterzeichnen. Die Arbeiten zum Vollzug der Stiftungserrichtung sind im Gange. Die formelle Stiftungserrichtung wird nach Eingang der erforderlichen Bilanzzahlen per 31. Dezember des Berichtsjahres, frühestens Anfang 1991, möglich sein.

Das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz hat dazu geführt, dass die Rechtsabteilung einerseits neue Aufgaben (Erarbeitung und Instruktion von Beschwerdeeinheiten der Fürsorgedirektion) erfüllen musste und andererseits von gewissen Aufgaben (Erledigung von Einsprachen und Vorbereitung von Regierungsratsentscheiden) entlastet wurde.

2.2 Fürsorgeabteilung

2.2.1 Allgemeines

Gemäss dem Organisationsdekret der Gesundheits- und der Fürsorgedirektion vom 10. November 1977 hat die Fürsorgeabteilung die Aufgabe, den Verkehr zwischen den Fürsorgebe-

ment benefited d'un soutien financier les actions de prévention menées par la Communauté bernoise anti-tabac (BAN) et l'Association suisse contre le tabagisme (AT).

Comme le prévoyait une motion adoptée par le Grand Conseil, l'Association bernoise pour les questions de toxicomanies et les centres PLUS de promotion de la santé et de prévention des toxicomanies ont élaboré un projet pour une vaste campagne anti-drogue. La Direction s'est d'ailleurs entretenue avec l'Office fédéral de la santé publique et certaines communes en vue de coordonner différentes actions en la matière. Le projet final ne devrait pas être prêt avant mi-1991.

2.1.6 Service juridique

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service juridique traite également les affaires juridiques de la Direction des œuvres sociales; c'est donc un service commun aux deux Directions.

Les travaux en vue d'une révision globale de la loi sur les œuvres sociales suivent leur cours. Tandis qu'on révisait les structures du financement de la santé publique, on posait également les grands principes de financement de la nouvelle loi sur les œuvres sociales. Il faudra revoir l'avant-projet de cette loi, interne à la Direction, à leur lumière.

La loi cantonale sur l'asile a été soumise à la consultation à la fin mars de l'année sous rapport. Les avis recueillis ont été très largement favorables. Au terme d'un nouveau remaniement, la loi sera soumise au Grand conseil courant 1991.

En application de la modification, adoptée le 21 novembre 1989 par le Grand Conseil, du décret du 20 février 1962 concernant la lutte contre l'alcoolisme, qui prévoyait la fusion de la Commission cantonale pour la lutte contre l'alcoolisme et de la Commission cantonale de lutte contre l'abus de la drogue, le Conseil-exécutif a promulgué, le 30 mai, l'ordonnance sur la Commission cantonale de lutte contre les toxicomanies.

Le 19 septembre, le Grand Conseil a arrêté la constitution de la Fondation Victoria à Richigen. Il s'en suit que la fortune qui constituait jusqu'ici le fonds de droit privé à destination déterminée de la Fondation Victoria à Richigen dépendante de l'Etat sera affectée à une fondation autonome de droit privé, qui assurera désormais l'exploitation du foyer pour enfants et pour adolescents. Par son arrêté du 5 décembre, le Conseil-exécutif a abrogé au 1^{er} janvier 1991 l'ordonnance du 17 avril 1985 sur la Fondation Victoria à Richigen et a chargé la Direction de signer, pour le compte de l'Etat de Berne, fondateur, l'acte authentique constitutif de la Fondation Victoria à Richigen. Les travaux en vue de la constitution de la fondation sont en cours. La fondation n'existera officiellement qu'après réception du bilan au 31 décembre de l'exercice sous rapport, soit au plus tôt début 1991.

La nouvelle loi sur la procédure et la juridiction administratives a modifié les compétences du Service juridique en ce sens que s'il n'a plus désormais à traiter les oppositions ni à préparer les projets d'arrêtés du Conseil-exécutif, il doit maintenant élaborer et instruire les décisions sur recours de la Direction des œuvres sociales.

2.2 Service de prévoyance sociale

2.2.1 Généralités

Conformément au décret du 10 novembre 1977 concernant l'organisation de la Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales, le Service de prévoyance sociale assure les

hörden der Gemeinden und denjenigen anderer Kantone, des Bundes sowie des Auslandes zu vermitteln. Zusätzlich führt sie die Fürsorgefälle, soweit die Fürsorgepflicht dem Staat obliegt.

Seit 1982 ist ihr als neue Aufgabe das Asylwesen zugewiesen worden. In der Zwischenzeit hat das Asylproblem ein Ausmass angenommen, das kaum erwartet wurde und daher nicht vorausplanbar war, womit es immer mehr zur Hauptaufgabe innerhalb der Abteilung wurde. Der ständig ansteigende Zustrom neuer Asylbewerber verursacht nicht nur enorme Unterbringungsprobleme, er stellt auch an die Leitung und das Personal hohe Anforderungen. Die gegenwärtig vorhandenen Strukturen im administrativen, personellen und räumlichen Bereich sind ungenügend. Die Registratur und die Buchhaltung z. B. haben Mühe, dem grossen Arbeitsanfall gerecht zu werden. Das EDV-System ist bereits im Herbst an die Grenzen der Kapazität gestossen und musste erweitert werden, damit die Datenerfassung gewährleistet werden konnte. Im personellen Sektor gibt es häufige Wechsel, weil die Arbeit im Asylbereich hektisch und sehr belastend ist. Immer wieder müssen mit Aushilfen Engpässe überbrückt werden.

Um bessere Verhältnisse zu schaffen, ist eine Beraterfirma beauftragt worden, neue Strukturen für den Asylbereich zu erarbeiten. Wenn die Fürsorgeabteilung für die Koordinationsstelle für das Asylwesen eine geeignete Unterkunft findet und das dringend notwendige Personal erhält, wird diese Aufgabe besser bewältigt werden können.

2.2.2 Fürsorge des Staates für Kantonsbürger

Die Bundesversammlung hat am 14. Dezember die Änderungen des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) beschlossen. Die Referendumsfrist wird am 28. März 1991 ablaufen. Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten. Als möglicher Zeitpunkt ist der 1. Juli 1992 oder der 1. Januar 1993 vorgesehen. Eine wesentliche Änderung wird sein, dass der Heimatkanton nur noch während der ersten zwei Jahre voll kostenersatzpflichtig ist. Anschliessend gehen die Unterstützungsauslagen ganz zulasten des Wohnkantons.

Im Vergleich zum Vorjahr trafen im Berichtsjahr wieder mehr Unterstützungsfälle ein. Einem der Grundsätze, nämlich demjenigen der Hilfe zur Selbsthilfe, kann die öffentliche Fürsorge heute nur noch partiell gerecht werden. Besondere Faktoren, die der Betroffene selbst nicht beeinflussen kann, verursachen die heutige Armut. Als besondere Faktoren sind zu erwähnen:

- Gesundheitskosten (Krankenkassenprämien, -selbstbehalte, Zahnarztrechnungen usw.);
- Wohnungsmieten bzw. fehlende preisgünstige Wohnungen;
- Rationalisierungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt und damit verbunden der erschwerte Zugang zu geeigneten Arbeitsstellen;
- mangelnde Voraussetzungen zur Ausbildung.

Der gesellschaftliche Wandel wirkt sich auch auf die natürliche Subsidiarität der Fürsorge, d.h. auf die gegenseitige Hilfe innerhalb der Familie, aus. Durch die anderen Formen des Zusammenlebens und die vermehrten Ehescheidungen nimmt die Zahl der unvollständigen Familien zu. Dadurch befinden sich viele Alleinerziehende in schwierigen Situationen und sind u. a. auf materielle Hilfe angewiesen.

2.2.2.1 Heimkehrer

Heimkehrer sind Berner/Bernerinnen, die mehr oder weniger lang im Ausland gelebt haben oder dort geboren wurden und

relations entre les autorités communales des œuvres sociales et celles des autres cantons, de la Confédération et de l'étranger. Il gère par ailleurs les cas d'assistance dans la mesure où cette gestion incombe à l'Etat.

Depuis 1982, c'est également le cas de l'asile. Depuis lors, le problème des demandeurs d'asile a cru tant et si bien (dans des proportions qu'on aurait eu peine à imaginer et qu'on n'a, par conséquent, pas pu prévoir) qu'il est aujourd'hui devenu la préoccupation principale du service. L'afflux toujours plus important des demandeurs d'asile ne pose pas uniquement les problèmes d'hébergement énormes que l'on sait, mais représente également un défi de taille pour la direction et le personnel. L'infrastructure actuelle, tant l'administration que les effectifs et les locaux, n'y suffit pas. Les services d'enregistrement et de comptabilité ont fort à faire. Dès l'automne, le volume des données était tel qu'il a fallu étendre les capacités de saisie des ordinateurs. Stressé et surmené, le personnel du secteur asile change continuellement. Les auxiliaires vont et viennent.

En vue de remédier à la situation, on a chargé un cabinet de consultants de revoir les structures du secteur asile. Si le Service de prévoyance sociale réussit à trouver des locaux adéquats pour son Service de coordination en matière de demandeurs d'asile et obtient le personnel dont il a impérativement besoin, les choses devraient s'arranger.

2.2.2 Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton

Le 14 décembre, l'Assemblée fédérale a arrêté les modifications de la loi fédérale du 24 juin 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin (LFA). Le délai de référendum expire le 28 mars 1991. Le Conseil fédéral fixe la date de leur entrée en vigueur. Cela pourrait être entre autres le 1^{er} juillet 1992 ou le 1^{er} janvier 1993. Parmi les modifications essentielles, le canton d'origine ne sera plus tenu au remboursement intégral des frais que pendant les deux premières années. Par la suite c'est le canton de domicile qui prend en charge le coût de l'assistance.

Contrairement à l'année précédente, le nombre des cas d'assistance a progressé. Il est vrai que l'un des grands principes de l'assistance sociale, l'aide à s'aider soi-même, n'a plus qu'une application limitée. A notre époque en effet, la pauvreté résulte d'un certain nombre de facteurs indépendants de la volonté de l'individu. Parmi les facteurs principaux, citons:

- dépenses de santé (primes/franchises des caisses-maladie, facture de soins dentaires, etc.);
- loyers; pénurie de logements bon marché;
- rétrécissement du marché du travail et, par suite, pénurie de postes adéquats;
- circonstances impropres à la formation.

La métamorphose de la société affecte le principe de subsidiarité naturelle de l'assistance, c'est-à-dire l'entraide au sein de la famille. Avec le déclin de l'institution du mariage, la famille a tendance à se rétrécir et la famille monoparentale à nécessiter de l'aide, notamment financière.

2.2.2.1 Bernois et Bernoises revenus dans leur canton

Par «Bernois et Bernoises revenus dans leur canton», on entend des Bernois(es) qui ont vécu plus ou moins longtemps,

den restlichen Teil ihres Lebens in der Heimat verbringen wollen, die sie unter Umständen noch gar nie gesehen haben.

Für Heimkehrer, die mittellos sind und vorübergehend keiner Gemeinde zugewiesen werden können, ist der Staat fürsorgepflichtig. Im Berichtsjahr sind 16 Personen – davon sechs Kinder – heimgekehrt. Unsere Befürchtung, dass aufgrund der politischen Veränderungen in Europa die Zahl der Heimkehrer, besonders aus der ehemaligen DDR, merklich ansteigen könnte, hat sich nicht bestätigt.

2.2.2.2 Berner im Ausland

Die Zahl der Unterstützungsfälle von Bernern in Deutschland – gemäss Abkommen – ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland zeigt Auswirkungen für den Kanton Bern. Früher wurden bedürftige Berner in der ehemaligen DDR gestützt auf die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 21. März 1973 über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer durch den Bund unterstützt. Seit dem 3. Oktober gehen die entsprechenden Auslagen gemäss bestehendem Abkommen mit der Bundesrepublik zulasten des Heimatkantons.

Die Zahl der Unterstützungsfälle von Bernern in Frankreich, ebenfalls gemäss einem Abkommen, ist weiterhin gering.

2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

Die Aufwendungen für Kantonsfremde, für die der Staat zuständig ist, haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert. Sie betragen für 33 Personen 75 726.10 Franken abzüglich Einnahmen von 32 759.70 Franken, netto somit 42 966.40 Franken. Im Vorjahr beliefen sich die Nettoaufwendungen für 31 Personen auf 72 592 Franken. Es handelt sich dabei ausschliesslich um Straffällige, die im Kanton Bern delinquierte, durch ein bernisches Gericht verurteilt wurden und in einer bernischen Strafanstalt ihre Strafe verbüssen.

2.2.4 Asylbewerber/Asylbewerberinnen

Nachdem der Kanton Bern im Jahre 1989 rund 3300 Asylbewerber/Asylbewerberinnen aufgenommen hatte, erhöhte sich im Berichtsjahr die Zahl der vom Bund zugewiesenen Gestellter auf über 4800 Personen. Der massive Andrang von Asylbewerbern hat die Behörden von Kanton und Gemeinden insbesondere im Unterkunftsgebiet vor zum Teil schwierige Probleme gestellt, doch konnten auf kantonaler und kommunaler Ebene, dank allseitigem, grossem Einsatz, immer wieder Lösungen gefunden werden. Die Unterbringungsprobleme waren deshalb nicht einfach zu lösen, weil der Wohnungsmarkt in den meisten Gemeinden ausgetrocknet ist und die Vermieter zudem immer weniger bereit sind, ihre Wohnungen an Asylbewerber zu vermieten.

Das Konzept des Regierungsratsbeschlusses Nr. 0138 vom 13. Januar 1988 hat sich auch im Berichtsjahr bewährt. Angesichts der stark angewachsenen Zahl von Asylsuchenden wurde jedoch eine Erhöhung des Kontingentes unumgänglich. Mit einem neuen Regierungsratsbeschluss vom 4. April wurden die Gemeinden verpflichtet, eine Anzahl Gestellter aufzunehmen, die 1,3 Prozent (bisher 0,7%) ihrer Bevölkerung entspricht. Ende Jahr waren noch ca. 4000 Kontingentsplätze nicht belegt.

voire sont nés, à l'étranger et souhaitent passer le restant de leurs jours dans leur canton d'origine, qu'ils l'aient jamais vu auparavant ou non.

S'ils ne peuvent pas être affectés immédiatement à une commune, c'est à l'Etat, au besoin, de leur prêter assistance. Au cours de l'exercice sous rapport, 16 personnes (dont six enfants) sont ainsi revenus de l'étranger. Notre crainte de voir affluer les ressortissants bernois en provenance d'Europe de l'Est (de l'ancienne RDA notamment) à la faveur du bouleversement de leur paysage politique ne semble pas avoir été fondée.

2.2.2.2 Bernois et Bernoises à l'étranger

Au cours de l'exercice, les cas d'assistance annoncés sur la base de la Convention avec l'Allemagne ont été plus nombreux que l'année précédente.

La réunification des deux Allemagnes a affecté le canton de Berne. Autrefois, c'était la Confédération qui, conformément aux dispositions de la loi fédérale du 21 mars 1973 sur l'assistance des Suisses à l'étranger, assistait les ressortissants bernois dans le besoin résidant en RDA. Or, depuis le 3 octobre, les dépenses d'assistance en question sont à la charge du canton d'origine conformément à la Convention de longue date avec la RFA.

Le nombre des cas d'assistance annoncés sur la base de la Convention avec la France reste aussi modeste que par le passé.

2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

Les dépenses pour des ressortissants non bernois à la charge de l'Etat ont baissé par rapport à l'année précédente. Pour ces 33 personnes, elles étaient de 75 726.10 francs diminués des 32 759.70 francs de recettes, soit 42 966.40 francs nets (contre 72 592 francs l'année précédente, pour 31 personnes). Il s'agissait exclusivement de personnes qui, ayant enfreint la loi sur le territoire du canton, ont été condamnées devant un tribunal bernois à purger une peine dans un établissement pénitentiaire bernois.

2.2.4 Requérants et requérantes d'asile

En 1989, ils étaient 3300 candidats et candidates à l'asile à être affectés au canton de Berne; l'exercice sous rapport a vu ce chiffre passer à 4800. Cet afflux important a posé de gros problèmes aux autorités du canton et des communes, en particulier pour ce qui était de les héberger. Cependant, tant au niveau cantonal que communal, grâce au dévouement de tous, on a toujours su être à la hauteur de la situation, quelque difficile qu'elle ait pu être. Le problème était d'autant plus aigu que le marché locatif est saturé dans la plupart des communes et que les propriétaires sont de moins en moins disposés à prendre des demandeurs d'asile pour locataires.

Le programme arrêté le 13 janvier 1988 par le Conseil-exécutif (ACE N° 0138) continue à faire ses preuves. La progression du nombre des demandeurs d'asile a toutefois été telle qu'on a dû augmenter le contingent. Par ACE du 4 avril, le Conseil-exécutif impose maintenant aux communes jusqu'à 1,3 requérant d'asile pour 100 habitants (contre 0,7% par le passé). En fin d'exercice, quelque 4000 places de contingent étaient encore libres.

En août, la mairie de la Ville de Berne a accepté de mettre à la disposition de la Direction, comme celle-ci l'en avait priée, ses abris de la protection civile de la Effingerstrasse et de la Müli-

Auf das Ersuchen der Direktion hat der Gemeinderat der Stadt Bern im August die beiden Zivilschutzanlagen an der Effingerstrasse und an der Mülinenstrasse als Notunterkünfte zur Verfügung gestellt. Mit dem Einsatz des Betreuungsdienstes der Zivilschutzorganisation der Stadt Bern wurde die Betreuung gewährleistet.

Mit dem dringlichen Bundesbeschluss über das Asylverfahren wurde die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund den Bau von Unterkünften und Aufnahmezentren ganz oder teilweise finanzieren kann. Bereits Ende des Berichtsjahres konnten die ersten Gesuche von bernischen Gemeinden behandelt werden.

Um die Arbeit der kommunalen Behördenstellen in der Asylbewerberbetreuung zu erleichtern, hat die Direktion im August den Gemeinden eine Wegleitung abgegeben. Es ist damit gelungen, auf kantonaler Ebene eine möglichst einheitliche Praxis zu schaffen.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Hilfswerken Caritas und HEKS haben die Landeskirchen im Laufe des Jahres alle vier kirchlichen Kontaktstellen in Burgdorf, Thun, Lyss und Bern in Betrieb genommen. Die Kontaktstellen haben vor allem zum Ziel, freiwillige Helfer zur Betreuung von Asylbewerbern zu gewinnen.

Mit einem Kursangebot der Höheren Fachschule für Sozialarbeit HFS Bern hat die Fürsorgedirektion im Rahmen von dezentralisierten Veranstaltungen auf das grosse Informationsbedürfnis der Gemeinden reagiert.

2.3 Fürsorgeinspektorat und Abteilung Planung, Bau und Betrieb

2.3.1 *Allgemeines*

Keine besonderen Bemerkungen.

2.3.2 *Aufsichts- und Beratertätigkeit*

Das Fürsorgeinspektorat ist in der Praxis und seinem Selbstverständnis nach nicht in erster Linie vom Bürotisch aus tätig, sondern klärt, berät und überprüft sehr oft vor Ort das Handeln und dessen Grundlage im Fürsorgewesen. Es werden nicht neue Bedürfnisse geschaffen, sondern Lösungen der vielfach dringlichen Anliegen zusammen mit den Betroffenen möglichst gemeinde- und bürgernah erarbeitet.

Zahlreich sind spontane Anfragen von Gemeindebehörden, Institutionen und aus der Bevölkerung, die mit unterschiedlichem Zeitaufwand direkt beantwortet und statistisch nicht besonders erfasst werden. Geplant durchgeführt wurden im Berichtsjahr

- 71 Sitzungen mit Gemeindefürsorgebehörden
- 48 Beratungen und Teilnahme an Veranstaltungen im SPITEX-Bereich und
- rund 250 Besuche in stationären Einrichtungen.

Im Bereich der subventionierten und gewerbsmässig betriebenen Alters- und Pflegeheime hat sich das Fürsorgeinspektorat zusammen mit der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung mit einer neuen Form der Heimaufsicht befasst, um sowohl eine vertretbare Standardisierung als auch eine sich an der neuen Alterspolitik orientierende Beurteilungsmöglichkeit zu gewinnen. Die Arbeit wird 1991 weitergeführt.

Die Bemühungen der Fachgruppe «Sozialberatung» bewirken eine sukzessive Zunahme der kommunalen Sozialdienste. Indessen müssen die Fürsorge- und Vormundschaftsbehörden

nenstrasse comme centres d'hébergement provisoires et, à son service, le personnel d'encadrement de l'organisation de la protection civile.

L'arrêté fédéral urgent sur la procédure d'asile a posé les bases légales qui permettent à la Confédération de financer en tout ou en partie la construction de logements et de centres d'accueil. Dès la fin de l'exercice sous rapport, on traitait déjà les premières demandes des communes bernoises.

Pour faciliter le travail des autorités communales responsables de la prise en charge des demandeurs d'asile, la Direction leur a communiqué, dès août, des recommandations grâce auxquelles on a réussi à uniformiser quelque peu la pratique au niveau cantonal.

Avec le concours du canton et des œuvres d'entraide CARITAS et EPER, les Eglises nationales ont ouvert, en cours d'exercice, les quatre Offices de consultation sur l'asile de Berthoud, Thoune, Lyss et Berne. Leur raison d'être principale est de recruter des bénévoles pour encadrer les demandeurs d'asile. Par des cours à la Haute école en Service Social (HFS), la Direction des œuvres sociales a voulu étancher, de façon décentralisée, la soif d'information des communes.

2.3 Inspection des œuvres sociales; Service de planification, de construction et d'exploitation

2.3.1 *Généralités*

Pas de remarques.

2.3.2 *Activité d'inspection et d'information*

Dans la pratique et à son sens, l'Inspection des œuvres sociales, loin d'être avant tout un bureau, étudie, conseille et contrôle, le plus souvent sur place, ce qui se fait et ce qu'on est en droit de faire en matière d'assistance sociale. Il ne s'agit pas de créer de nouveaux besoins mais de chercher, si possible au contact étroit des communes et des citoyens et en collaboration avec les intéressés, des solutions à des problèmes souvent criants.

Les autorités communales, les institutions et les particuliers soumettent fréquemment à l'Inspection des questions informelles auxquelles elle répond plus ou moins directement selon leur complexité – questions qui ne font d'ailleurs pas l'objet d'une statistique propre. Plus formellement, ses activités ont compris:

- 71 séances avec les autorités communales des œuvres sociales
- 48 consultations et participations aux diverses réunions sur le thème du maintien à domicile et
- près de 250 visites à des institutions hospitalières.

Dans le secteur des foyers pour personnes âgées et des foyers médicalisés subventionnés et exploités à titre professionnel, l'Inspection des œuvres sociales, en collaboration avec le Service d'évaluation scientifique, a étudié un nouveau mode de surveillance des foyers qui aurait le double avantage d'uniformiser la pratique et de l'harmoniser avec la nouvelle politique du 3^e âge.

sowie die Bevölkerung von 40 Prozent aller Gemeinden noch auf die Inanspruchnahme öffentlicher professioneller Sozialarbeit verzichten.

2.3.3 Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren

In einer Anfang Jahr fertiggestellten internen Studie wurde das Nebenamt einer Kreisfürsorgeinspektorin oder eines Kreisfürsorgeinspektors grundsätzlich in Frage gestellt. An ihren Konferenzen befassten sich die Direktbeteiligten selber damit. Anschliessend erhielt eine breit abgestützte paritätische Arbeitsgruppe den Auftrag, über die Zukunft dieses traditionellen Milizamtes Bericht und Antrag zu stellen. Ergebnisse werden auf erste Hälfte 1991 erwartet.

2.3.4 Staatliche und private Schulheime

2.3.4.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1540 Kinder (Vorjahr 1517 Kinder) Schulungskostenbeiträge ausgerichtet. Staatsbeiträge für behinderte Kinder waren in 1211 Fällen (Vorjahr 1272 Fälle) notwendig. Die Belegung der Heime und Sonderschulen blieb damit im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert.

2.3.4.2 Staatliche Schulheime

Die Umbauarbeiten in der Viktoria-Stiftung Richigen konnten abgeschlossen werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Viktoria-Stiftung zum letztenmal unter den staatlichen Schulheimen erwähnt wird, da der Grosse Rat ihrem Statut als rein private Stiftung mit Inkraftsetzung ab 1. Januar 1991 zugestimmt hat (vgl. auch Ziffer 2.1.6).

Die Projektierung der Neu- und Umbauten für das Schulheim Landorf Köniz schreitet gut voran. In der Volksabstimmung vom Dezember haben die Bürger von Köniz ebenfalls der notwendigen Auszonung der für die Landwirtschaft benötigten Flächen zugestimmt.

Nach wie vor bereitet die Anstellung qualifizierter Erzieherinnen/Erzieher den Heimen grosse Sorgen. Trotz Nachfrage nach Heimplätzen musste in einem Heim wegen Personalknappheit eine Gruppe geschlossen werden.

Leider musste die Direktion vom Entschluss des Ehepaars Troxler (Schulheim Schloss Erlach) Kenntnis nehmen, dass dieses auf Mitte 1991 von der Heimleitung zurücktreten will.

Überschattet wurde das an sich ruhige Berichtsjahr vom völlig unerwarteten Hinschied von Toni Rieder, dem Vorsteher der Viktoria-Stiftung in Richigen. Herr Rieder hat mit viel Umsicht während 15 Jahren die Stiftung geleitet. Unter seiner Ägide fanden wesentliche Anpassungen der Strukturen des Heimes statt, insbesondere die Errichtung einer Durchgangsstation auch für männliche Jugendliche.

Herr Rieder war aber vor allem, zusammen mit seiner Frau Jacqueline, die in verdankenswerter Weise das Heim allein ad interim weiterführt, vielen jungen Menschen ein hervorragendes Vorbild, ein Freund, der nie müde wurde, Kindern und Jugendlichen auf deren oft sehr schwierigen Lebenswegen und auf der Suche zu sich selbst weiterzuhelfen.

Si les services sociaux communaux se multiplient petit à petit sous l'impulsion du groupe «Consultation sociale», dans 40 pour cent des communes, les autorités des œuvres sociales, les autorités de tutelle et la population en sont toujours privées.

2.3.3 Inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales

Une étude interne bouclée en début d'exercice a mis en cause l'activité à titre accessoire des inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales. Les intéressés ont eux-mêmes débattu de la question au cours de leurs conférences. Pour finir, mandat fut donné à un groupe de travail paritaire savamment composé de dresser un rapport et de faire une proposition sur le sort de cette traditionnelle milice. Réponse probablement au premier semestre 1991.

2.3.4 Foyers scolaires cantonaux et privés

2.3.4.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été accordée à 1540 enfants (contre 1517 l'année précédente), tandis que la contribution de l'Etat aux enfants handicapés a été versée dans 1211 cas (pour 1272 l'année d'avant). Le taux d'occupation des foyers et des écoles spécialisées n'a donc guère changé.

2.3.4.2 Foyers scolaires de l'Etat

Les travaux de transformation de la Fondation Victoria à Richigen se sont achevés. Signalons que c'est la dernière fois que nous mentionnerons l'institution au titre de foyer scolaire de l'Etat. Le Grand Conseil a en effet approuvé sa métamorphose en fondation privée à part entière avec effet au 1^{er} janvier 1991 (v. aussi chiffre 2.1.6).

Les travaux d'élaboration du projet de construction et de transformation du foyer scolaire de Landorf à Köniz vont bon train. Lors de la votation populaire de décembre dernier, les citoyens de Köniz ont d'ailleurs approuvé le déclassement en zone agricole des terres qu'il requiert.

Le recrutement des éducateurs et éducatrices qualifiés reste préoccupant. Un foyer a par exemple été obligé de supprimer un groupe, non pas par manque d'élèves – loin s'en faut – mais par manque de personnel. La Direction a appris avec regret que M. et M^{me} Troxler (Foyer scolaire du Château de Cerlier) ont décidé d'abandonner la direction du foyer à compter de mi-1991.

L'exercice sous rapport aurait été relativement calme sans le soudain décès de M. Toni Rieder, président de la Fondation Victoria à Richigen. Pendant 15 ans, M. Rieder avait dirigé la fondation avec un dévouement remarquable. Sous sa direction, les structures du foyer ont connu des changements non moins remarquables. Citons notamment l'ouverture d'un foyer de transit pour jeunes garçons.

Mais Toni et Jacqueline Rieder (M^{me} Rieder, à qui nous savons d'ailleurs gré d'assurer seule l'intérim) étaient avant tout des modèles et des amis sûrs lorsqu'il s'agissait de porter secours aux enfants et aux adolescents à la recherche d'eux-mêmes et d'un avenir meilleur.

Tabelle 1 – Unterstützungsausgaben des Staates

Tableau 1 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
					(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes-parts d'origine)		
a) Berner in andern Kantonen							a) Bernois dans d'autres cantons
Zürich	482	660			2 067 616	808 870	Zürich
Luzern	110	171			501 936	161 925	Lucerne
Uri	–	–			–	–	Uri
Schwyz	14	20			93 050	5 544	Schwyz
Obwalden	3	5			2 843	2 073	Obwald
Nidwalden	2	5			29 911	2 400	Nidwald
Glarus	4	12			18 567	6 490	Glaris
Zug	9	15			62 053	14 394	Zoug
Freiburg	43	69			200 744	72 988	Fribourg
Solothurn	132	212			638 498	176 720	Soleure
Basel-Stadt	269	362			1 901 744	703 984	Bâle-Ville
Basel-Land	127	238			952 927	325 064	Bâle-Campagne
Schaffhausen	30	53			99 637	13 302	Schaffhouse
Appenzell AR	21	37			75 806	44 684	Appenzell Rh.-Ext.
Appenzell IR	2	7			20 700	7 100	Appenzell Rh.-Int.
St. Gallen	95	160			464 855	136 103	Saint-Gall
Graubünden	18	25			61 448	6 991	Grisons
Aargau	122	209			527 424	126 703	Argovie
Thurgau	52	88			205 076	56 289	Thurgovie
Tessin	20	39			100 781	7 011	Tessin
Vaadt	118	150			569 335	206 315	Vaud
Wallis	31	60			179 222	42 082	Valais
Neuenburg	113	179			426 578	253 554	Neuchâtel
Genf	115	169			814 147	365 018	Genève
Jura	19	28			264 627	76 542	Jura
Total	1 951	2 973			10 279 525	3 622 146	Total
b) Berner im Ausland							b) Bernois à l'étranger
Deutschland	61	87			890 958	48 992	Allemagne
Frankreich	2	2			8 452	–	France
Total	63	89			899 410	48 992	Total
c) «Heimkehrer»	54	54			1 278 973	1 055 534	c) Bernois revenus dans leur canton
d) Zusammenzug							d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	1 951	2 973			10 279 525	3 622 146	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	63	89			899 410	48 992	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	54	54			1 278 973	1 055 534	Bernois revenus dans leur canton
Total	2 068	3 116			12 457 908	4 726 672	Total
e) Aufgliederung der Einnahmen							e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge				691 438			Contributions d'entretien et dette d'iminaire
Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben				759 628			Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen				2 023 229			Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskostenbeiträge, Stipendien, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)				1 252 377			Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen						4 726 672	Total des recettes
Vertmittlung						–62 384	Rétrocessions
f) Kantonsfremde	33	33			75 726	4 664 288	Etrangers au canton
						32 760	
Total	2 101	3 149			12 533 634	4 697 048	Total
Reinausgaben					7 836 586		Dépenses nettes

¹ Vergütungen pflichtiger Gemeinden

¹ Remboursements des communes tenues à l'assistance

g) Vergleiche

g) Comparaison

	Fälle Cas	Rohausgaben Dépenses brutes Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1990	2 101	12 533 634	4 697 048	7 836 586
1989	1 903	11 349 531	4 617 911	6 731 620
1988	2 453	11 223 891	4 635 200	6 588 691
1987	2 221	11 112 659	4 415 738	6 696 921
1986	2 386	10 994 986	4 023 679	6 971 307
1985	2 429	11 175 817	3 983 893	7 191 924
1984	2 434	10 483 242	3 740 549	6 742 693
1983	2 320	8 809 434	3 468 685	5 340 749
1982	2 187	7 634 731	3 419 152	4 215 579
1981	2 209	6 670 602	3 840 645	2 829 957
1980	2 924	7 569 049	4 213 551	3 355 498
1979	5 259	12 029 686	6 840 946	5 188 740
1978	5 899	17 713 910	9 924 299	7 789 611
1977	5 614	17 996 002	10 133 633	7 862 369
1976	5 455	17 435 410	10 174 709	7 260 701
1975	5 143	15 328 923	10 001 354	5 327 569
1974	5 286	13 516 179	9 538 883	3 977 296
1973	5 534	13 750 061	9 190 265	4 559 796
1972	5 916	11 666 717	7 355 166	4 311 551
1971	6 021	11 381 763	7 338 685	4 043 078
1970	6 234	11 096 669	6 753 076	4 343 593
1965	8 428	11 616 854	4 640 053	6 976 801
1960	10 003	10 795 341	3 120 969	7 674 372
1955	10 688	9 497 538	1 825 750	7 671 788
1950	11 791	8 655 288	1 344 293	7 310 995

2.3.5 Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte

Im November konnte das Wohnheim des Regionalen Arbeitszentrums Herzogenbuchsee seiner Bestimmung übergeben werden. Erfreulich ist, dass nunmehr nur noch eine Region des Kantons, nämlich Biel, über keine Dienstleistung im Wohnbereich für Schwerbehinderte verfügt. Doch laufen auch dort die erforderlichen Arbeiten. Ebenso konnte in St. Immer eine Dépendance der Stiftung La Pimpinière eröffnet werden, die geschützte Werkstätte «La Volute». Sie bietet 25 bis 35 Personen Arbeitsmöglichkeiten aus dem ganzen Tal. Für die Betroffenen ist dies eine wesentliche Erleichterung, mussten doch viele von ihnen bisher täglich nach Tavannes reisen.

Gut entwickeln sich die Erwachsenenbildungskurse für Geistigbehinderte an den Volkshochschulen des Kantons Bern. Sie erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Bei vielen Kursteilnehmern ist festzustellen, dass sie zu regelmässigen Kursbesuchen werden. Die Kurse können mit Hilfe der Subventionen der Invalidenversicherung und einem bescheidenen Kursbeitrag der Teilnehmer selbsttragend geführt werden und stehen sowohl Behinderten aus Heimen, als auch solchen, die bei Eltern oder Verwandten wohnen, offen. Die Kurse sind ein beachtlicher Beitrag in Richtung Integration Behinderter in die grösseren gesellschaftlichen Bezugsnetze, wie übrigens der Aufbau der Behindertentransportdienste in den Regionen des Kantons auch.

Allerdings sei hier im Zusammenhang mit den Transportdiensten darauf hingewiesen, dass die verfügbaren Sparmassnahmen sich ausgesprochen negativ auf die angebahnten Integrationsbestrebungen auszuwirken drohen. Wegen fehlender Mittel muss nach Wegen gesucht werden, die Anzahl Fahrten, trotz steigender Nachfrage, möglichst einzuschränken. Trotz dieser Erschwernisse darf mittelfristig das Ziel nicht aus den Augen verloren werden, wonach der in seiner Gehfähigkeit schwer benachteiligte behinderte Mensch öffentliche Transportmittel zu den gleichen Tarifen wie ein Nichtbehinderter zur Verfügung haben sollte.

2.3.5 Ateliers protégés et de préformation et foyers/appartements pour handicapés

En novembre, le foyer d'habitation du Centre de travail régional de Herzogenbuchsee a pu ouvrir ses portes. On peut se réjouir de ce qu'il ne reste désormais qu'une seule région du canton, à savoir Bienne, à ne pas disposer de logements pour les personnes sévèrement handicapées – exception qui s'emploie d'ailleurs à ne pas le rester. A Saint-Imier aussi, la Fondation «La Pimpinière» a pu ouvrir les portes de son nouvel atelier protégé «La Volute». Il pourra occuper entre 25 et 35 personnes de la vallée, dont certaines qui, jusqu'alors, étaient bien obligées de faire quotidiennement le long trajet jusqu'à Tavannes.

Les cours de formation pour adultes handicapés mentaux dans les universités populaires du canton de Berne ont pris un bel essor. Leur succès va croissant. Nombre de participants sont d'ores et déjà des habitués. Ces cours, autofinancés moyennant les subventions de l'assurance-invalidité et la modeste participation aux frais que versent les participants, s'adressent à tous les handicapés, qu'ils vivent dans leur famille ou soient pensionnaires de foyers. Au même titre que les services de transport pour handicapés dans les différentes régions du canton, ces cours contribuent sans conteste à intégrer les handicapés aux cercles de la société dans lesquels ils évoluent.

Signalons toutefois, à cet égard, que la politique d'austérité menace sérieusement de mettre à mal ces efforts naissants d'intégration. Par manque de fonds, le nombre des courses devra nécessairement baisser – et cela alors que le nombre des intéressés croît. Nonobstant ces difficultés, souvenons-nous qu'à moyen terme il nous faut veiller à ce que les tarifs des transports publics soient les mêmes, que l'utilisateur soit handicapé et éprouve des difficultés à se déplacer ou non.

2.3.6 *Alterspolitik 2005*

In der ersten Hälfte des Berichtsjahrs wurde unter dem Titel «Alterspolitik 2005: Alt werden im Kanton Bern» eine erste Fassung des Altersberichts fertiggestellt und rund 800 Adressatinnen und Adressaten zur Vernehmlassung übergeben.

Der Bericht «Alterspolitik 2005» hat zum Zweck, die Bevölkerung über die gegenwärtige Lage der Altershilfe und mögliche alterspolitische Perspektiven zu informieren, sie für zentrale Fragen der Lebensgestaltung im Alter zu sensibilisieren sowie Betroffene und letztlich die ganze Bevölkerung für eine bewusste Lebensgestaltung im Alter zu aktivieren (vgl. Ziffer 1.1). Ebenso sollen Trägerschaften und Gemeinden angeregt werden, eigene Initiativen zur Entwicklung eines bedürfnisgerechten Dienstleistungsangebotes zu ergreifen.

Erste Auswertungen der Vernehmlassung lassen auf eine positive Aufnahme der «Alterspolitik 2005» schliessen. Die Vernehmlassungsantworten konzentrieren sich insbesondere auf folgende Themenkreise: Ausbau der ambulanten Dienste; Forderung nach einem Katalog mit konkreten, subventionierten Massnahmen; Personal; die Rolle des Kantons sowie die Finanzierung bzw. die Beiträge der öffentlichen Hand. Die Auswertung der Vernehmlassung und die Überarbeitung des Berichts werden in den ersten Monaten des Jahres 1991 abgeschlossen sein.

2.3.7 *Leitbild für die Langzeitbetreuung*

Im Verlauf der Arbeiten am Bericht Alterspolitik 2005 und an der Überarbeitung des ersten Entwurfes für ein kantonbernisches Spitex-Leitbild 1990 hat es sich als sinnvoll erwiesen, diese beiden Planungen eng zu koppeln, weil kurz- und mittelfristig vordringlich die Versorgung von hilfebedürftigen Betagten und Hochbetagten sicherzustellen ist.

In Ergänzung zum Bericht Alterspolitik 2005 setzt der Entwurf des «Leitbild für die Langzeitbetreuung» bei der Hilfebedürftigkeit an und wird dort konkreter als der Altersbericht. Die Sicherung der kurzfristigen Hilfe sowie der Langzeithilfe für andere Bevölkerungsgruppen wird grundsätzlich eingeschlossen, jedoch nicht speziell behandelt.

Der neue provisorische Titel unterstreicht die Absicht, in nächster Zeit mit mittelfristigen Zielen und kurzfristigen Massnahmen v. a. die ineinandergreifende Zusammenarbeit von stationären, teilstationären und ambulanten Diensten im Bereich der Langzeithilfe zu stärken. Die definitive Ausarbeitung dieser Ziele und Massnahmen ist noch nicht abgeschlossen. Unter regelmässigem Einbezug eines Gremiums von Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Institutionen und Dienste wurde insbesondere an der Konkretisierung von möglichen Varianten im Bereich der Finanzierung und im Hinblick auf die Sicherung eines Grundstockes von Pflege- und Betreuungsangeboten gearbeitet.

Ebenfalls unter Einbezug dieses Gremiums wurde die Vorbereitung von Datenerhebungen im Bereich der Langzeitbetreuung vorgenommen, welche im nächsten Jahr anlaufen werden: Erstens sollen für die Grunddienste Haushilfe, Hauspflege und Gemeindefürsorge regelmässig statistische Daten erfasst und ausgewertet werden. Zweitens sollen zu einer Broschüre zusammengefasste «Portraits» der Langzeitbetreuung von einzelnen Gemeinden und Regionen bereits bestehende regionale und kommunale Lösungsansätze darstellen.

Direktionsintern befasste sich der Spitex-Ausschuss als erste Instanz mit den Arbeiten am Leitbild für die Langzeitbetreuung. Er wurde auch dieses Jahr in seiner Doppelfunktion als Projektausschuss (im Rahmen des Projektes «Leitbild für die Langzeitbetreuung») und als Gremium zur Begutachtung von Geschäftsentwürfen aus dem Spitex-Bereich weitergeführt. Unter dem Vorsitz

2.3.6 *Politique du 3^e âge 2005*

Au premier semestre de l'exercice sous rapport, une première version du rapport sur le 3^e âge a pu être élaborée sous le titre de «Politique du 3^e âge 2005: vieillir dans le canton de Berne» et distribuée aux quelque 800 personnes appelées à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation.

Le rapport «Politique du 3^e âge 2005» a été conçu d'abord pour informer le grand public de la situation actuelle en matière d'assistance aux personnes âgées et des variantes concevables de la politique du 3^e âge, ensuite, le sensibiliser lui, comme d'ailleurs les intéressés eux-mêmes, aux grands problèmes existentiels que posent le vieillissement et, enfin, d'inciter tout un chacun à donner un sens à sa vieillesse (cf. chiffre 1.1). Il est également censé encourager les collectivités responsables et les communes à prendre l'initiative de développer leurs prestations en fonction des besoins qu'elles perçoivent.

Les premiers résultats de la consultation semblent indiquer que la «Politique du 3^e âge 2005» est bien accueillie. Parmi la multitude des réponses, retenons qu'il fut question du développement des services ambulatoires, d'un répertoire de mesures subventionnables concrètes, du personnel, du rôle du canton et des subventions de l'Etat. On en aura sans doute terminé avec l'évaluation de la consultation et avec la révision du rapport au cours des premiers mois de 1991.

2.3.7 *Principes directeurs pour la prise en charge de longue durée*

Au cours des travaux sur le rapport «Politique du 3^e âge 2005» et sur la première mouture des principes directeurs bernois 1990 pour le maintien à domicile, on s'est aperçu que le mieux était de fondre les deux projets en un seul. A court et à moyen terme, en effet, notre souci principal devait être de veiller à ce que les personnes du 3^e et 4^e âge tributaires d'assistance la reçoivent effectivement.

En manière de complément au rapport «Politique du 3^e âge 2005», le projet de «principes directeurs pour la prise en charge de longue durée» s'intéresse, plus concrètement d'ailleurs que le rapport sur le 3^e âge lui-même, aux personnes âgées une fois qu'elles sont devenues tributaires d'assistance. Il s'agit d'ailleurs également – implicitement, c'est vrai – de garantir l'assistance à court et à long terme d'autres catégories de personnes.

La nouvelle appellation, pour provisoire qu'elle soit, n'en traduit pas moins l'intention d'intensifier sous peu, par des objectifs à moyen terme et des mesures à court terme, la collaboration entre les services hospitaliers, semi-ambulatoires et ambulatoires de l'assistance à long terme. Les objectifs et les mesures en question n'ont pas encore été arrêtés avec précision. Avec l'aide d'un comité consultatif composé des représentants et représentantes des services et institutions concernés – comité réuni régulièrement –, on a notamment réfléchi, très concrètement, aux questions du financement et à la garantie d'une offre minimale en matière de soins et de prise en charge.

Avec le concours de ce même comité, on a pris des dispositions en vue de collecter des données en matière de prise en charge de longue durée – collectes qu'on devrait lancer l'année prochaine. Il s'agit tout d'abord de collecter et d'évaluer des données statistiques sur les services de base (Aide ménagère, Aide familiale, Soins à domicile ou SAD). Il, s'agit ensuite de dresser et de publier sous forme de brochure le «portrait-type» de la prise en charge de longue durée par le biais d'exemples choisis, c'est-à-dire de communes ou de régions au sein desquelles elle existe déjà à l'état plus ou moins embryonnaire. Au sein de la Direction, c'est le comité SPITEX qui a joué le rôle de première instance lors des travaux sur les principes direc-

des Direktionssekretärs und unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aller betroffenen Abteilungen kam er im Berichtsjahr siebenmal zusammen. Wichtige behandelte Themen waren u. a.:

- Für die Koordinationsbestrebungen im Spitex-Bereich sowie unter den stationären, teilstationären und ambulanten Angeboten konnte ein Regierungsentscheid ausgelöst werden, welcher die Tätigkeiten von Koordinationseinrichtungen als lastenverteilungsberechtigt anerkennt.
- Die Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe der Pro Senectute für die Herausgabe einer anleitenden Broschüre zum Aufbau eines integrierten Dienstleistungsnetzes, welche sich an die Trägerschaften und die Gemeindebehörden richtet, konnte erfolgreich weitergeführt werden.
- Verschiedene Einzelgeschäfte waren zu beurteilen, wie z.B. Projekte für Tagesheime, ambulante Nachtwache, Stützpunkte usw.
- Direktionsintern beschäftigte sich der Ausschuss u.a. mit dem Echo auf den Spitex-Ratgeber. Aufgrund der positiven Reaktionen wurde im Berichtsjahr eine zweite, überarbeitete Auflage herausgegeben.

teurs de la prise en charge de longue durée. Au cours de l'exercice sous rapport, il a de nouveau agi au double titre de groupe de travail chargé du projet «Principes directeurs de la prise en charge de longue durée», et d'instance d'examen pour les projets visant au maintien à domicile (MAD). Au cours de l'exercice, le comité et les représentants et représentantes de tous les services concernés se sont réunis sept fois sous la présidence du secrétaire de Direction. Retenons notamment:

- que par arrêté du Conseil-exécutif, les efforts investis dans la coordination en matière de MAD et entre les services hospitaliers, semi-ambulateurs et ambulatoires sont désormais admis à la répartition des charges;
- qu'on a continué à collaborer en bonne intelligence avec un groupe de travail de Pro Senectute en vue de publier des conseils à l'intention des collectivités responsables et des autorités communales sur la meilleure façon de mettre en place un réseau intégré;
- qu'on a étudié différentes questions isolées comme des projets de foyers de jour, de garde de nuit ambulatoire, de points d'appui, etc.;
- que le comité a étudié les réactions au guide SPITEX, lesquelles, excellentes, ont conduit à ce que la première version soit remaniée puis rééditée avant même la fin de l'exercice.

2.3.8 Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen

Im Berichtsjahr wurden für 41 (Vorjahr 31) Projekte mit Gesamtkosten von 18,3 (44,1) Mio. Franken insgesamt 12,1 (13,0) Mio. Franken an Beiträgen sowie lastenverteilungsberechtigten Kosten bewilligt. 21 (7) Projekte, wovon 16 (5) Kredite zugunsten von Altersheimen, werden im System der Lastenverteilung von den Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 5,6 (2,0) Mio. Franken. Die übrigen 20 (24) Projekte mit Gesamtkosten von 12,3 (42,1) Mio. Franken werden aus Krediten der Direktion mit 6,5 (11,0) Mio. Franken direkt subventioniert.

2.3.8 Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale

En cours d'exercice, 41 projets (contre 31 en 1989), totalisant 18,3 millions de francs (contre 44,1), ont été approuvés. Les subventions et les frais portés à la répartition des charges ont atteint 12,1 millions de francs (contre 13,0). Vingt-et-un projets (7), dont 16 (5) pour des foyers pour personnes âgées, seront financés par les communes dans le cadre du système de la répartition des charges. Les frais admis à la répartition des charges portent sur 5,6 millions de francs (2,0). Les 20 (24) autres projets, d'un montant total de 12,3 millions de francs (contre 42,1), seront subventionnés à raison de 6,5 millions de francs (11,0) par la Direction elle-même.

2.3.9 Altersheimplanung

Ende des Berichtsjahres präsentiert sich der Stand der Realisation der Altersheimplanung 1981 (inkl. Nachtrag von 1988) wie folgt:

Altersheimplanung 81 inkl. Nachtrag 88: Stand der Realisation Ende 1990

	Anzahl Heime			Anzahl Betten		
	1.7.81 ¹	31.12.89	31.12.90	1.7.81	31.12.89	31.12.90
Bestand	73	103	112	3358	4894	5236
Im Bau	10	12	4	403	473	152
In Projektierung	21	7	5	1001	117	128
Planungsabsicht	9	2	1	462	56	24
						-92 ²
Total	113	124	122²	5223	5540	5448³

2.3.9 Planification des foyers pour personnes âgées

La concrétisation de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (supplément de 1988 compris) s'est traduite en fin d'exercice comme suit:

Planification des foyers pour personnes âgées de 1981, complément de 1988 compris: Etat des réalisations fin 1990

	Nombre de foyers			Nombre de lits		
	1.7.81 ¹	31.12.89	31.12.90	1.7.81	31.12.89	31.12.90
En service	73	103	112	3358	4894	5236
En construction	10	12	4	403	473	152
En projet	21	7	5	1001	117	128
Envisagés	9	2	1	462	56	24
						-92 ²
Total	113	124	122²	5223	5540	5448³

¹ Genehmigung Altersheimplanung

² Ein Projekt hat ein bestehendes Altersheim ersetzt und ein Projekt betraf die Gesamtrenovation eines Altersheims. Bei der Eröffnung neuer Betten wurde ein Teil der alten Betten aufgehoben. Die Bettenzahl 1990 fällt um diese 92 Betten geringer aus als diejenige von 1989.

³ Gesamtzahl Altersheimplanung 81 inkl. Nachtrag 88: 5448 Betten

¹ Approbation de la planification des foyers pour personnes âgées.

² Un projet est venu remplacer un foyer pour personnes âgées en service; un autre a porté sur la rénovation complète d'un foyer. Alors qu'on créait de nouveaux lits, on en supprimait d'autres: il y a donc cette année 92 lits en moins qu'en 1989.

³ Total de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981, supplément de 1988 compris: 5448 lits.

Im Berichtsjahr konnten über 300 Betten neu in Betrieb genommen werden. Seit der Genehmigung der Planung im Jahre 1981 sind somit 1878 Plätze neu in Betrieb genommen worden.

Durant l'exercice, on a assisté à la création de plus de 300 places, ce qui porte le nombre des places nouvellement exploitées depuis l'approbation de la planification, en 1981, à 1878

Über 86 Prozent der in der Planung (inkl. Nachtrag) vorgesehenen zusätzlichen Betten sind Ende 1990 bereits eröffnet.

2.3.10 Kantonale Heimplanung

Das Bundesgesetz über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984 sieht vor, dass Erziehungsheime nur Anspruch auf Bau- und Betriebsbeiträge erheben können, wenn der Bedarf für die Einrichtung aufgrund einer kantonalen oder interkantonalen Planung nachgewiesen ist. Nachdem im vergangenen Jahr die Grunddaten für die Jahre 1980 sowie 1985 bis 1987 erhoben worden waren, wurden in diesem Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit einem externen Auftragnehmer die planerisch wichtigen Grunddaten (wie zum Beispiel Platzangebot, durchschnittliche Belegung oder der Anteil von Klienten anderer Kantone) für die Jahre 1988 und 1989 bei den kantonalen Schulheimen erhoben. Der entsprechende, zuhanden des EJPD erarbeitete Bericht gibt einen Überblick über den aktuellen Bedarf an Heimplätzen in «Justizheimen» des Kantons Bern.

2.3.11 Berufsbildung

2.3.11.1 Generelle Bemerkungen

Alle der Fürsorgegesetzgebung des Kantons Bern unterstellten Ausbildungsgänge konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgewickelt werden. An folgenden Schulen wurden berufliche Grundausbildungen angeboten:

- Höhere Fachschule für Sozialarbeit HFS Bern
- Tagesschule und Teilzeitschule
- Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule BFF Bern
- Sozialpädagogie Vollzeit- und praxisbegleitende Ausbildungen (neue Bezeichnung für die Erzieher-Ausbildungen)
- Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer für Geistigbehinderte
- Ausbildung für Kleinkinderzieherinnen und Kleinkinderzieher
- Bernische Schule für Aktivierungstherapie, Pflegeheim Bärau
- Vollzeit- und berufsbegleitende Ausbildungen
- Verein bernischer Alterseinrichtungen VBA, Schloss Riggisberg, berufsbegleitende Ausbildung für Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuer
- Hauspflegerinnenschulen Bern und Biel

Die Ausbildung für Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuer wird ab 1991 in vier parallelen Lerngruppen durchgeführt. Ebenfalls 1991 wird Lyss - neben Riggisberg und anstelle von Aarwangen - neuer Ausbildungsort.

Betreffend der 1988 von der Schuldirektion der Stadt Bern und der kantonalen Fürsorgedirektion bei der BFF Bern in Auftrag gegebenen Neukonzeption der Ausbildungen für das Personal in sozialpädagogischen Berufsfeldern ist zu berichten, dass die Arbeiten im Berichtsjahr weiterverfolgt wurden. Einerseits sind die Ergebnisse der breit angelegten Vernehmlassung ausgewertet worden, andererseits hat die BFF mit dem Erstellen eines Schlussberichtes begonnen, welcher die Weiterentwicklung des Konzeptentwurfes und konkrete Anträge zuhanden der Entscheidungsinstanzen enthalten wird. Der Bericht wird im Frühjahr 1991 vorliegen.

An der Abteilung Teilzeitschule (TZS) der HFS Bern soll von 1992 bis 1995 ein zusätzlicher Ausbildungsgang angeboten werden, welcher sich in erster Linie an Interessentinnen und Interessenten richtet, die bereits eine Anstellung als Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin vorweisen können bzw. in Aussicht ha-

places. Sur les places supplémentaires prévues dans la planification (supplément compris), plus de 86 pour cent sont déjà en service fin 1990.

2.3.10 Planification cantonale des foyers

La loi fédérale du 5 octobre 1984 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures dispose que les foyers d'éducation ne peuvent prétendre à des subventions à la construction et à l'exploitation que si une planification cantonale ou intercantonale montre qu'ils répondent à un besoin. L'année dernière, on a collecté, auprès des foyers d'éducation du canton, les données de base pour les années 1980 et 1985 à 1987. Il s'agit de données requises pour la planification comme les places en service, l'occupation moyenne ou la proportion des ressortissants d'autres cantons. Au cours de cet exercice-ci, c'était au tour des données de base pour les années 1988 et 1989. Le rapport à l'intention du DFJP sur lequel elles ont débouché détermine les places en «maisons d'éducation» dont le canton de Berne a actuellement besoin.

2.3.11 Formation professionnelle

2.3.11.1 Généralités

Les cycles de formation soumis à la législation sur les œuvres sociales du canton de Berne n'ont pas posé de difficultés au cours de cet exercice. Ont proposé des formations professionnelles de base les écoles suivantes:

- Haute école en service social (HFS), Berne
- formation à plein temps ou en cours d'emploi
- Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule (BFF) Bern
- formations à plein temps ou en cours d'emploi d'éducateur/trice spécialisé(e)
- formation d'enseignant(e) pour handicapés mentaux
- formation d'éducateur/trice de la petite enfance
- Ecole bernoise de thérapie d'animation du foyer médicalisé de Bärau
- formation à plein temps ou en cours d'emploi
- Association bernoise des institutions pour personnes âgées (VBA), Château de Riggisberg, formation en cours d'emploi d'aides pour personnes âgées
- Ecoles d'aides familiales, Berne et Bienne

A partir de 1991, la formation des aides pour personnes âgées se fera en parallèle au sein de quatre groupes. A compter de la même année, Lyss remplacera Aarwangen, aux côtés de Riggisberg, comme centre de formation.

La «BFF Bern» a quant à elle poursuivi au cours de cet exercice la révision des formations professionnelles socio-pédagogiques dont la Direction de l'instruction publique de la Ville de Berne et la Direction cantonale des œuvres sociales l'ont chargée. Elle a d'une part évalué les résultats de la vaste procédure de consultation des milieux concernés et intéressés et a d'autre part entrepris d'élaborer, à l'intention des autorités compétentes, un rapport final contenant des propositions concrètes et la marche à suivre ultérieure. Le rapport est attendu au printemps de 1991.

La Haute école en service social (HFS) de Berne proposera entre 1992 et 1995 un cycle supplémentaire de formation en cours d'emploi qui s'adressera en priorité aux personnes exerçant déjà ou étant sur le point d'exercer la profession d'assistant(e) social(e). Les trois demi-journées de formation par semaine devraient pouvoir s'insérer dans la vie active. Dans l'avant-projet qu'elle a remis à la Direction cantonale des œuvres sociales à l'automne de cet exercice, la «HFS Bern»

ben. Die Ausbildung an drei Halbtagen während der Woche soll die Präsenz am Arbeitsplatz gewährleisten. Bei dem im Herbst des Berichtsjahres der kantonalen Fürsorgedirektion eingereichten Vorprojekt weist die HFS auf die vom Fürsorgeinspektorat bestätigte Feststellung hin, dass es seit einiger Zeit äusserst schwierig sei, offene Stellen mit Diplomierten besetzen zu können.

Im Berichtsjahr hat die von Bundesrat Cotti eingesetzte Arbeitsgruppe ihren Entwurf zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich fertiggestellt. Das eidgenössische Departement des Innern hat diesen im Dezember in die Vernehmlassung geschickt. Bei der Vorlage handelt es sich um einen Subventionserlass, der vor allem bezwecken soll, dass die gesamtschweizerische Verantwortung in der Ausbildung sozialer Berufe (Übereinstimmung von Inhalt und Niveau an den Höheren Fachschulen im Sozialbereich, Freizügigkeit) mitgetragen wird. Der Entwurf ist zu einem wesentlichen Teil eine Fortschreibung der bisherigen Unterstützungsregelung.

2.3.11.2 Kaderausbildung im Gesundheits- und Fürsorgewesen

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion ist in der 1986 vom Grossen Rat genehmigten Schulplanung angewiesen worden, die Frage einer Kaderausbildung im Kanton Bern zu prüfen. Am 12. April 1989 bewilligte der Regierungsrat einen Projektkredit zur Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes «Kaderausbildung». Im Verlaufe des Berichtsjahres konnte das Projekt mit verschiedenen Experten und Interessierten diskutiert und anschliessend weiter entwickelt werden. Im nächsten Jahr soll eine breite Vernehmlassung stattfinden, bevor die Umsetzungsphase in Angriff genommen werden kann.

2.3.11.3 Vereinbarungen für die Finanzierung der Berufsausbildungen mit den Nordwestschweizer Kantonen

Im Berichtsjahr konnten die im Rahmen des erweiterten Regionalen Schulabkommens 1981 (revidierte Fassung 1988) der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz geführten Verhandlungen über Berufsausbildungen im Fürsorgebereich fortgesetzt werden.

Auf 1. August des Berichtsjahres trat der Kanton Bern dem Regionalen Schulabkommen 1981 der Kantone Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau bei. In diesem Abkommen werden vorläufig die Ausbildungen in Sozialarbeit und Sozialpädagogik geregelt.

Verhandlungen über die Kostenverteilung aller Berufsausbildungen im Fürsorgebereich sind vorgesehen.

2.4 Revisorat

Die Abteilung Revisorat ist administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnet. Als gemeinsame Abteilung ist sie jedoch für beide Direktionen tätig. Im Bereich Fürsorge wurden im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen:

souligne ce que l'Inspection des œuvres sociales avait elle aussi constaté, à savoir: que les titulaires de diplôme se faisaient de plus en plus rares ces derniers temps.

Au cours de l'exercice sous rapport, le groupe de travail mandaté par Monsieur le Conseiller fédéral Cotti a bouclé le projet de loi fédérale sur «le subventionnement des écoles supérieures de travail social». Le Département fédéral de l'intérieur l'a soumis à la consultation en décembre. Les subventionner, avant tout pour standardiser la formation aux professions sociales, c'est-à-dire faire en sorte que les programmes et les niveaux de formation étant comparables, les diplômés soient reconnus sur l'ensemble du territoire fédéral. Le projet vient avant tout étayer les réglementations d'assistance en vigueur.

2.3.11.2 Formation de cadres dans les domaines de la santé publique et de l'aide sociale

Avec la planification scolaire approuvée par le Grand Conseil en 1986, les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales ont reçu le mandat d'examiner la création d'une école de cadres dans le canton de Berne. Par arrêté du 12 avril 1989, le Conseil-exécutif a approuvé un crédit d'élaboration d'un programme de «formation de cadres». Au cours de l'exercice sous rapport, le projet a été débattu et développé par les intéressés et un certain nombre d'experts. Une vaste procédure de consultation devra, l'année prochaine, précéder la phase d'exécution.

2.3.11.3 Accords avec les cantons du nord-ouest de la Suisse sur le financement des formations professionnelles

En cours d'exercice, la formation aux professions sociales faisait toujours l'objet de discussions dans le cadre de l'accord scolaire régional élargi de 19781 (version révisée de 1988) de la «Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz», la conférence régionale des directeurs de l'instruction publique du nord-ouest de la Suisse.

A compter du 1^{er} août de l'exercice, le canton de Berne est Partie à l'accord scolaire régional de 1981 entre les cantons de Berne, Lucerne, Fribourg, Soleure, Bâle-Ville, Bâle-Campagne et d'Argovie. C'est dans le cadre de cet accord qu'on règle provisoirement les formations d'assistants sociaux et d'éducateurs spécialisés.

On prévoit de négocier le financement de la formation de toutes les professions sociales.

2.4 Service de révision

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service de révision traite également les affaires de la Direction des œuvres sociales. C'est donc un service commun aux deux Directions. Dans le domaine des œuvres sociales, le Service de révision s'est occupé de:

2.4.1 *Lastenverteilung pro 1989 vom 30. April*

2.4.1.1 Generelle Hinweise

In Tabelle 2 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Daraus sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung pro 1988 ersichtlich. (Die Zahlen des Berichtsjahres liegen erst Mitte Mai des Jahres 1991 vor.)

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen, III. Abschnitt, sind in der Lastenverteilung vom 30. April für das Rechnungsjahr 1989 folgende Aufwendungen enthalten:

- Unkorrigierte Fürsorgeaufwendungen pro 1989 der Gemeinden
- Korrekturen der Fürsorgeaufwendungen pro 1988 der Gemeinden
- Fürsorgeaufwendungen pro 1989 des Staates.

2.4.1.2 Begründungen zu den Abweichungen der Lastenverteilungsabrechnung 1989 gegenüber der Lastenverteilungsabrechnung 1988

Armenfürsorge

(Gesetz vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64 bis 72)

Gemeinden

1989 mussten 1136 Personen mehr als im Vorjahr unterstützt werden. Pro unterstützte Person betragen die Nettounterstützungsausgaben 2755.90 Franken. Dies bedeutet eine Erhöhung von 3,4 Prozent gegenüber 1988. Massgebend für den Zuwachs an Unterstützungsfällen wie auch für die Ausgaben pro unterstützte Person sind, wie bereits im Vorjahr erwähnt, die stark gestiegenen Mietzinse und Krankenkassenprämien.

Staat

Pro unterstützte Person ergaben sich Ausgaben von 2452.55 Franken. Das sind 22,2 Prozent mehr als 1988. Die Anzahl unterstützte Personen hat von 3515 (1988) um 569 auf 2946 abgenommen.

Zuschüsse für minderbemittelte Personen

(Dekret vom 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25. 11. 1981)

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Die Nettoausgaben pro Zuschussbezüger betragen 1917.40 Franken, plus 1,3 Prozent gegenüber 1988. Die Erhöhung der Gesamtaufwendungen in diesem Bereich um 18,6 Prozent steht im gleichen Zusammenhang wie der Anstieg der Armenfürsorge. Auch die Zuschüsse an Heimbewohner hatten wiederum einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder

(Gesetz vom 6. 2. 1980 und Verordnung vom 10. 9. 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder)

Das obenerwähnte Gesetz trat am 1. Januar 1981 in Kraft. Es sind ausschliesslich die Gemeinden, welche hier Leistungen zu erbringen haben (1989 plus 1,8 Prozent). Von den geleisteten Bevorschussungen konnten die Gemeinden lediglich 59 Prozent wieder einbringen.

2.4.1 *Répartition des charges 1989 du 30 avril*

2.4.1.1 Généralités

Le tableau N° 2 détaille les six groupes de dépenses d'assistance de l'Etat et des communes. Il présente la répartition des dépenses d'assistance entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts enregistrés par rapport à la répartition des charges de 1988 (les chiffres du présent exercice ne seront disponibles qu'à la mi-mai 1991).

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, III^e chapitre, les dépenses suivantes ont été portées dans les comptes de la répartition des charges du 30 avril pour l'exercice 1989:

- les dépenses d'assistance, non corrigées, des communes pour 1989,
- les corrections des dépenses d'assistance des communes pour 1988,
- les dépenses d'assistance de l'Etat pour 1989.

2.4.1.2 Justification des écarts enregistrés dans la répartition des charges 1989 par rapport à la répartition des charges 1988

Assistance

(Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, art. 64 à 72)

Communes

En 1989, il a fallu assister 1136 personnes de plus que l'année précédente. Les dépenses d'assistance nettes par personne assistée étaient de 2755.90 francs, soit 3,4 pour cent en plus qu'en 1988. Cette hausse tant du nombre des assistés que des dépenses par assisté s'explique, comme l'année dernière, par l'augmentation des loyers et des primes des caisses-maladie.

Etat

Les dépenses se sont élevées à 2452.55 francs par cas d'assistance, soit 22,2 pour cent de plus qu'en 1988. Le nombre de personnes assistées est passé de 3515 (en 1988) à 2946, soit une diminution de 569 assistés.

Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste

(Décret des 16 février 1971/17 novembre 1976/15 novembre 1977 et arrêté du Conseil-exécutif du 25 novembre 1981)

Seules les communes de domicile accordent des allocations spéciales, lesquelles se sont chiffrées à 1917.40 francs nets par bénéficiaire, soit 1,3 pour cent de plus qu'en 1988. Cette hausse a les mêmes origines que celle de l'assistance. De plus, les allocations spéciales en faveur des pensionnaires des foyers se sont, elles aussi, accrues.

Aide au recouvrement et avances de contributions d'entretien pour enfants

(Loi du 6 février 1980 et ordonnance du 10 septembre 1980 sur l'aide au recouvrement et les avances de contributions d'entretien pour enfants)

La loi susmentionnée est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1981. Seules les communes sont ici tenues de fournir des prestations (plus 1,8% en 1989). Les communes n'ont pu récupérer que 59 pour cent des avances fournies.

Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen

(Verordnung vom 29.6.1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

Gemeinden

Die Erhöhung um 16,7 Prozent ist auf den Ausbau im Spitexbereich (Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe), neue Kinderkrippen, Tageselternvereine und Jugendeinrichtungen zurückzuführen.

Staat

Die Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um 10,9 Prozent, weil insbesondere die Subventionierung verschiedener Beratungsstellen von den Gemeinden auf den Staat überging.

Fürsorgeheime

(Dekret vom 17.9.1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime)

Diese Gruppe enthält Bau- und Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für ca. 300 bernische Fürsorgeinstitutionen und mehrere ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

Gemeinden

Die Gemeinden finanzieren Heime, welche eine örtliche und/oder überörtliche Aufgabe erfüllen. Es handelt sich hier vorwiegend um Altersheime gemäss Altersheimplanung. Neu eröffnete Heime mit entsprechenden Folgekosten (Amortisations- und Hypothekarzinsbelastungen, Betriebsbeiträge) sowie Stellenplananpassungen an die erhöhte Betreuungs- und Pflegeabhängigkeit der Heimbewohner haben zu höheren Kosten und damit höheren öffentlichen Beiträgen (plus 11,8%) geführt.

Staat

Die rückläufigen Baubeiträge an die regionalen Pflegeheime wurden durch erhöhte Beiträge an die staatlichen Schulheime praktisch kompensiert. Der Zuwachs von 9,7 Prozent ist auf bedeutend höhere Betriebsbeiträge an die Kinder- und Jugendheime zurückzuführen. Diese sind die Folge von stagnierenden IV-Leistungen (fixer Beitragsplafond), der allgemeinen Teuerung und Verbesserungen des Standards.

Personalkosten

(Verordnung vom 29.7.1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27.3.1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

Gemeinden

Durch den Ausbau der Sozialdienste haben die Besoldungen und Weiterbildungskosten der Sozialarbeiter eine weitere Zunahme erfahren (plus 7,3%).

Staat

Es handelt sich hier um Ausgaben des Staates für Besoldungen und Weiterbildung von Sozialarbeitern der Polizei- und Justizdirektion sowie um Beiträge an die Berufsbildung im Fürsorgewesen. Der Zuwachs von 9,7 Prozent ist auf die erhöhten Personalkosten bei der Polizei- und Justizdirektion infolge Reallohnerhöhungen und Teuerungsausgleich zurückzuführen.

Institutions spécialisées de prévoyance et d'aide sociale

(Ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

Communes

La hausse de 16,7 pour cent s'explique par le développement du maintien à domicile (SAD, aide familiale, aide ménagère), la création de crèches, d'associations de parents d'accueil et d'institutions pour la jeunesse.

Etat

Les dépenses ont augmenté de 10,9 pour cent au cours de l'exercice, notamment parce que divers services de consultation autrefois subventionnés par les communes le sont maintenant par l'Etat.

Foyers à but social

(Décret du 17 septembre 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles)

Ce groupe englobe les subventions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de quelque 300 établissements bernois à but social et de plusieurs foyers extra-cantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton).

Communes

Elles assurent le financement des foyers qui accomplissent une tâche locale et/ou supra-locale. Il s'agit surtout de foyers pour personnes âgées, conformément à la planification des foyers pour personnes âgées.

L'ouverture de nouveaux foyers avec les répercussions en matière de finances (amortissement, intérêts hypothécaires, subventions d'exploitation) et de personnel que cela suppose a poussé les charges, et avec elles les contributions publiques, à la hausse (11,8%).

Etat

La baisse des subventions à la construction de foyers médicalisés régionaux a pratiquement compensé la hausse des contributions en faveur des foyers scolaires du canton. L'augmentation de 9,7 pour cent résulte de la hausse notable des subventions d'exploitation aux foyers pour enfants et adolescents. Cette dernière s'explique par la stagnation des prestations AI (non indexées), le renchérissement général et l'amélioration qualitative des institutions.

Frais de personnel

(Ordonnance du 29 juillet 1966 concernant l'encouragement à la formation de travailleurs sociaux et ordonnance du 27 mars 1974 concernant l'admission des frais de traitement des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

Communes

Le développement des services sociaux a résulté en une nouvelle augmentation de 7,3 pour cent des frais de traitement et de formation complémentaire des travailleurs sociaux.

Etat

Il s'agit ici de dépenses de l'Etat pour les traitements et la formation complémentaire des assistants sociaux des Directions de la police et de la justice, ainsi que pour les subventions à la formation professionnelle en matière d'œuvres sociales. Leur augmentation de 9,7 pour cent est à mettre sur le compte de frais de personnel plus élevés aux Directions de la police et de la justice – cette dernière augmentation étant elle-même imputable à l'augmentation des salaires réels et à l'allocation de renchérissement.

Total Fürsorgeaufwendungen

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 330 Mio. Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1988 betragen die Mehrausgaben 32.6 Mio. Franken oder 11 Prozent.

2.4.2 *Revisionsergebnisse*

Die Korrekturen der Gemeinderechnungen pro 1988 betragen 5,6 Mio. Franken oder 2,6 Prozent der Fürsorgeaufwendungen der Gemeinden.

Bei 118 Gemeinden wurden Revisionen vor Ort durch das Revisorat durchgeführt. Die Fürsorgerechnungen der übrigen 294 Gemeinden wurden aufgrund der eingereichten Unterlagen auf ihre Lastenverteilungsberechtigung hin überprüft.

Gegen die Lastenverteilungsabrechnung vom 30. April haben sechs Gemeinden Beschwerde erhoben. Davon konnten drei erledigt werden. Drei Beschwerden sind zurzeit noch in Bearbeitung.

Bei den direkt subventionierten Institutionen (145) wurden im Berichtsjahr 39 externe Revisionen (1989: 25) durchgeführt. Aus personellen Gründen ist es nicht möglich, in allen Institutionen jährlich externe Buchprüfungen vorzunehmen, sondern nur alle vier bis sechs Jahre. Aufgrund der eingereichten Abschlussunterlagen wurden jedoch zusätzlich noch Institutionen mit Budgetüberschreitungen sowie Einrichtungen, in denen personelle und strukturelle Probleme aufgetreten sind, überprüft. Ausserdem wurden im Berichtsjahr verschiedene externe Revisionen und Budgetberatungen von indirekt über die Gemeinden subventionierten Fürsorgeinstitutionen vorgenommen.

Die Buchprüfungen führten zu Gesamtbereinigungen von rund 480 000 Franken.

2.4.3 *Neue durch den Staat direkt subventionierte Institutionen im Fürsorgewesen 1990*

Im Berichtsjahr wurden an folgende Einrichtungen erstmals staatliche Betriebsbeiträge ausgerichtet:

- Psychogeriatrisches Heim Oberried, Belp
- Verein Aarhus Bern (Wohngruppe Zollikofen)
- Psychologische Beratungsstelle, Biel (Umstellung auf Direktfinanzierung / vorher indirekt über Gemeinde Biel)
- Beratungs- und Behandlungsstelle für Kinder mit Bewegungsstörungen, Steffisburg (Umstellung auf Direktfinanzierung / vorher indirekt über Gemeinde Steffisburg)
- Stiftung Hilfsstelle, Bern (Umstellung auf Subventionierung über Fürsorge / vorher über Fonds zur Krankheitsbekämpfung)

2.4.4 *Fonds für Suchtprobleme*

Dieser zweckbestimmte Fonds wird ausschliesslich durch den Bund aus dem Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols gespeisen. Gestützt auf die nachstehenden Rechtsgrundlagen

Total des dépenses d'assistance

Les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes ont totalisé 330 millions de francs, soit 32,6 millions de francs ou 11 pour cent de plus qu'en 1988.

2.4.2 *Résultats des révisions*

Les rectifications issues de l'examen des comptes des œuvres sociales communales pour 1988 ont représenté 5,6 millions de francs, soit 2,6 pour cent des dépenses d'assistance des communes.

Dans 118 communes, le Service de révision a procédé lui-même aux révisions sur place. Au vu des boucllements des comptes des œuvres sociales des 294 autres communes, on a contrôlé l'admissibilité des dépenses soumises à la répartition des charges.

Six communes ont fait opposition contre le décompte de la répartition des charges du 30 avril: trois ont pu être réglées, les trois autres étant encore à l'examen.

Parmi les 145 institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales, 39 (contre 25 en 1989) ont fait l'objet d'une révision externe au cours de l'exercice. Faute de personnel, les livres des institutions ne donnent en effet lieu à une révision externe qu'une fois tous les quatre à six ans. On examine toutefois, sur la base des boucllements reçus, les institutions présentant des dépassements de budget ainsi que des établissements connaissant des problèmes de structure ou de personnel. On a en outre procédé à différentes révisions externes et consultations budgétaires d'institutions à but social subventionnées indirectement, par le biais des communes.

Les examens des livres ont permis des apurements pour un montant total de près de 480 000 francs.

2.4.3 *Nouvelles institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales en 1990*

Au cours de l'exercice se sont vues reconnaître le droit au subventionnement par l'Etat les institutions suivantes:

- Home de gérontopsychiatrie Oberried, Belp
- Association «Aarhus» de Berne (groupe d'habitation de Zollikofen)
- Service de consultation psychologique de Bienne (mise au bénéfice des subventions cantonales / jusqu'alors subventionné indirectement, par le biais de la commune de Bienne)
- Beratungs- und Behandlungsstelle für Kinder mit Bewegungsstörungen, Steffisburg (mise au bénéfice des subventions cantonales / jusqu'alors subventionné indirectement, par le biais de la commune de Steffisburg)
- Fondation «Hilfestelle» (Contacts/Information/Conseils en cas de maladie de longue durée), Berne (mise au bénéfice des subventions cantonales / jusqu'alors subventionnée par le Fonds de lutte contre les maladies)

2.4.4 *Fonds de lutte contre les toxicomanies*

Ce fonds à destination déterminée est entièrement alimenté par la Confédération par le biais du produit du monopole fédéral sur les alcools. Se fondant sur les bases légales suivantes

- Gesetz vom 3. Dezember 1961 über das Fürsorgewesen, Artikel 32, Ziffer 4 und Artikel 136
 - Dekret vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus, Artikel 6
 - Verordnung vom 13. März 1974 über die Bekämpfung des Alkoholismus, Artikel 10
- wurden im Berichtsjahr folgende Beiträge ausgerichtet:

	Fr.
Betriebsbeiträge an den Bernischen Verband für Suchtfragen zuhanden der 23 ambulanten Beratungsstellen (Schlusszahlungen pro 1988 und 1989 und Vorschüsse 1990)	1 899 425.35
Betriebsbeiträge an den Kantonalverband des Blauen Kreuzes zuhanden der fünf Beratungsstellen (Schlusszahlungen pro 1988 und 1989 und Vorschüsse 1990)	505 813.37
Einlage in die ordentliche Staatsrechnung 1990	1 000 000.–
Diverse Einzelbeiträge an verschiedene Institutionen aus dem Suchtbereich (z. B. Schweiz. Fachstelle für Alkoholprobleme, Lausanne, Arbeitsgemeinschaft Tabakmissbrauch Bern, Verband der Abstinenzvereine des Kantons Bern usw.)	633 053.25
Total	4 038 291.97

Von sämtlichen Gesuchstellern wurden Budgets und Jahresrechnungen einverlangt und die entsprechenden Beiträge aufgrund der Vermögenssituation der einzelnen Institutionen festgelegt.

Fondsentwicklung im Berichtsjahr	Fr.
Bestand per 1. Januar 1990	2 017 795.10
zuzüglich: Anteil am Ertrag des eidgenössischen Alkoholzehlents (zweckgebundene Verwendung)	3 080 860.15
Zwischentotal	5 098 655.25
abzüglich: obige Beiträge	4 038 291.97
Fondsbestand per 31. Dezember 1990	1 060 363.28

2.4.5 Tarifwesen

Die Tarife für Gemeindekrankenpflege sowie die Kostgeldbeiträge der Versorger für Schul- und Kinderheime werden per 1. Januar 1991 bzw. 1. April 1991 teuerungsbedingt angepasst.

2.4.6 Fürsorgeleistungen der Burgergemeinden

Die Beiträge der Burgergemeinden an unterstützte Bürger (sog. Bürgergutsbeiträge) wurden für die Jahre 1991 bis 1994 aufgrund der Steuerveranlagungsperioden 1987/88 und 1989/90 neu berechnet. Es gingen sechs Einsprachen ein, ein deutliches Zeichen für das schwindende Verständnis für diese Leistung an die öffentliche Fürsorge. Dies trotz oder gerade wegen der in der Regel niedrigen Beträge (Fr. 23.– bis Fr. 3178.–). Insgesamt beliefen sich die Bürgergutsbeiträge für die Jahre 1988 und 1989 auf total 372 793 Franken. Die Zahlen des Berichtsjahres liegen noch nicht vor. 13 Burgergemeinden und die 13 Zunftgesellschaften der Burgergemeinde Bern sind auch im Berichtsjahr vollständig für ihre unterstützungsbedürftigen Mitglieder aufgekommen. 1989 betrug die Nettoaufwendungen insgesamt 932 876 Franken.

- Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, article 32, 4^e alinéa, et article 136
 - Décret du 20 février 1962 concernant la lutte contre l'alcoolisme, article 6
 - Ordonnance du 13 mars 1974 concernant la lutte contre l'alcoolisme, article 10
- le canton a accordé au cours de cet exercice:

	francs
Subventions d'exploitation à l'Association bernoise pour les questions de toxicomanies à l'intention des 23 services de consultation ambulatoires (versements finaux pour 1988 et 1989 et provisionnel pour 1990)	1 899 425.35
Subventions d'exploitation au Faisceau cantonal de la Croix-Bleue à l'intention des cinq centres de consultation (versements finaux pour 1988 et 1989 et provisionnel pour 1990)	505 813.37
Contribution au compte d'Etat régulier 1990	1 000 000.–
Subventions ponctuelles de diverses institutions de lutte contre les toxicomanies (ex. Institution suisse de prophylaxie de l'alcoolisme à Lausanne, Association suisse contre le tabagisme, Association de sociétés d'abstinents du canton de Berne, etc.)	633 053.25
Total	4 038 291.97

Tous les bénéficiaires ont dû produire budget et compte annuel, les subventions étant accordées en fonction de leur fortune respective.

Evolution du Fonds au cours de l'exercice	francs
Etat au 1 ^{er} janvier 1990	2 017 795.10
augmenté de: Part au produit du monopole fédéral sur les alcools (affectation déterminée)	3 080 860.15
Total intermédiaire	5 098 655.25
diminué de: subventions ci-avant	4 038 291.97
Etat du Fonds au 31 décembre 1990	1 060 363.28

2.4.5 Tarification

Les tarifs des soins à domicile (SAD) ainsi que la contribution aux frais de pension d'enfants placés dans des foyers scolaires ou des foyers pour enfants à la charge de la personne ou de l'autorité qui les a placés sont majorés du renchérissement au 1^{er} janvier 1991 et au 1^{er} avril 1991.

2.4.6 Prestations d'assistance des communes bourgeoises

Les contributions des communes bourgeoises en faveur de ressortissants assistés (ce qu'on appelle couramment les contributions des biens de bourgeoisie) pour les années 1991 à 1994 ont été recalculées selon taxation des périodes fiscales 1987/88 et 1989/90. Pas moins de six oppositions ont été déposées – preuve de leur impopularité grandissante. Et cela en dépit ou peut-être bien en raison de la modicité de la moyenne des contributions (lesquelles se situent dans une fourchette de 23 à 3178 francs). Les contributions des biens de bourgeoisie se sont élevées au total à 372 793 francs pour les années 1988 et 1989. Les chiffres de l'exercice sous rapport ne sont pas encore connus. Treize communes bourgeoises et les treize corporations de la commune bourgeoise de Berne ont cette année encore pu assister tous leurs ressortissants indigents. En 1989, les dépenses nettes ont totalisées 932 876 francs.

3. **Parlamentarische Vorlagen**

Keine

4. **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**4.1 **Abschreibungen von Motionen und Postulaten**4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion Zürcher (Gwatt) vom 10. Februar 1986 betreffend Finanzierung kommunaler Aufwendungen für Asylanten
Dem Anliegen des Motionärs wird mit dem kantonalen Asylgesetz Rechnung getragen, über das im Berichtsjahr die Vernehmlassung durchgeführt wurde und das im Laufe des nächsten Jahres vom Grossen Rat behandelt werden wird.

Motion Schürch vom 12. Februar 1989 betreffend Steuerabzüge für spitalexterne Betreuung, Ziffer a) [Ziffer b) im Verwaltungsbericht 1989 abgeschrieben]
Unter Federführung des Revisorates erfolgte ein weiterer Teilschritt. In Verhandlungen mit den Krankenkassen konnten auf Anfang des kommenden Berichtsjahres erhöhte Krankenkassenleistungen im Bereich der Grundpflege erreicht werden. Im übrigen handelt es sich um einen Dauerauftrag der Direktion, in Verhandlungen mit den Krankenkassen deren Beteiligung an den spitalexternen Leistungen schrittweise weiterhin erhöhen zu können. Massgeblich wird dies von der laufenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes auf Bundesebene abhängen.

Motion Beutler vom 17. April 1989 betreffend Asyl- und Flüchtlingspolitik (Ziff. 3 zurückgezogen)
Die vom Motionär verlangte Intervention bei den Bundesbehörden erfolgte im Rahmen der Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der interdepartementalen Strategiegruppe für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre. Er hat sich dabei im Sinne des Motionärs geäussert. Im Berichtsjahr erfolgte auf Bundesebene die dritte Asylgesetzesrevision. Inwieweit diese Revision Folgen im Sinne des Motionärs zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Da das Asylwesen auf Bundesebene gesetzlich geregelt ist, verbleibt für den Kanton kein rechtlicher Spielraum, im Sinne des Motionärs zusätzlich tätig zu werden.

Postulat Beutler vom 17. April 1989 betreffend Probleme mit der Betreuung von Asylsuchenden, Ziffern 1 und 2
Das Problem von Kirchenbesetzungen durch Asylsuchende im Kanton Bern ist zurzeit nicht mehr aktuell. Selbstverständlich würde der Kanton bei zukünftigen derartigen Ereignissen die betreffenden Kirchgemeinden beraten und unterstützen. Dabei wäre ad hoc ein kantonaler Stab unter Beteiligung der zuständigen Stellen einzurichten, der im Rahmen der bestehenden Kompetenzabgrenzungen zwischen der Kirche und den betreffenden Direktionen zu handeln hätte.

Motion Scherrer vom 14. September 1989 betreffend dringende Massnahmen in der Drogenbekämpfung, Ziffer 4
Im Kanton Bern steht eine generelle Freigabe weicher Drogen bis zur allfälligen Änderung der entsprechenden eidgenössischen Gesetzgebung nicht zur Diskussion. Selbstverständlich hält sich der Kanton an die geltende Bundesgesetzgebung.

3. **Textes législatifs soumis au Parlement**

Aucun

4. **Interventions parlementaires (motions et postulats)**4.1 **Classement de motions et de postulats**4.1.1 *Classement de motions et de postulats réalisés*

Motion Zürcher (Gwatt) du 10 février 1986 concernant le financement des dépenses communales en faveur des demandeurs d'asile
La loi cantonale sur l'asile, qui a été soumise à la consultation en cours d'exercice et sera présentée au Grand Conseil l'année prochaine, répond à la motion.

Motion Schürch du 12 février 1989 concernant les déductions d'impôt pour la prise en charge extra-hospitalière, chiffre a) [chiffre b) classé dans le rapport de gestion 1989]
Nous devons au Service de révision un nouveau pas en avant. Ses négociations ont abouti à ce que les caisses-maladie relèvent à compter du début de l'année prochaine leurs prestations dans le domaine des soins de base. Il s'agit d'ailleurs d'un mandat permanent de la Direction que de continuer à négocier l'augmentation graduelle des prestations des caisses-maladie en matière de soins extra-hospitaliers. La suite dépendra très largement de la révision actuelle de la loi fédérale sur l'assurance-maladie.

Motion Beutler du 17 avril 1989 concernant la politique de l'asile et des réfugiés (le ch. 3 a été retiré)
L'intervention auprès des autorités fédérales, telle que la demandait le motionnaire, a eu lieu dans le cadre de l'avis que le Conseil-exécutif a rendu sur le rapport du groupe interdépartemental de réflexion sur la stratégie pour la politique des années 90 en matière d'asile et de réfugiés. L'avis du Conseil-exécutif va dans le sens des mesures demandées par le motionnaire. Au cours de l'exercice, la loi sur l'asile a été révisée une troisième fois au niveau fédéral. Reste à voir jusqu'à quel point sa traduction dans les faits satisfera la motion. L'asile étant de la compétence de la Confédération, le canton ne dispose pas des bases légales pour satisfaire plus avant le motionnaire.

Postulat Beutler du 17 avril 1989 concernant les problèmes de prise en charge des demandeurs d'asile, chiffres 1 et 2
Le problème des demandeurs d'asile occupant des églises dans le canton de Berne n'est plus d'actualité. Cela dit, il va de soi que le canton conseillera et soutiendra les paroisses si cela devait se reproduire. Il conviendrait alors de mettre en place un état-major cantonal ad hoc, composé de représentants des organes concernés, à savoir de l'Eglise et des Directions en question, qui agiraient conjointement dans la limite de leurs compétences respectives.

Motion Scherrer du 14 septembre 1989 concernant des mesures urgentes pour lutter contre la drogue, chiffre 4
Il n'est pas question de légaliser les drogues douces dans le canton de Berne avant que la Confédération légifère dans ce sens. Il va de soi que le canton respecte la législation fédérale en vigueur.

Tableau 2 – Parallèle entre les répartitions des charges 1989 et 1988 selon les «bases de calcul du 30 avril 1989»

Tabelle 2 – Vergleich der Lastenverteilung 1989 und 1988, gestützt auf die «Grundlage über die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen vom 30. April 1989»

Text	Gemeindeaufwendungen / Communes		Staat aufwendungen / Etat		Gesamtaufwendungen		Texte
	1989 Fr.	1988 Fr.	1989 Fr.	1988 Fr.	1989 Fr.	1988 Fr.	
Armenfürsorge	47 733 389	44 680 156	3 053 233	7 225 220	7 056 096	169 124	Assistance publique
Zuschüsse	14 068 777	11 859 188	2 209 589	-	-	-	Allocations spéciales
Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	6 702 409	6 584 866	117 543	-	-	-	Aide au recouvrement et avance de contributions d'entretien pour enfants
Wohlfahrts- einrichtungen	68 265 429	58 488 909	9 776 520	9 052 743	8 164 956	887 787	Institutions
Fürsorgeheime	63 453 538	56 755 052	6 698 486	91 491 444	83 384 846	8 106 598	de prévoyance
Personalkosten	16 238 913	15 130 038	1 108 875	5 764 069	5 253 644	510 425	Foyers, hospices
							Frais de personnel
Total	216 462 455	193 498 209	22 964 246	113 533 476	103 859 542	9 673 934	Total
Anteil Staat 6/10				197 997 559	178 414 651	19 582 908	Part de l'Etat 6/10
Anteil Gemeinden 4/10	131 998 372	118 943 100	13 055 272				Parts des communes 4/10
Guthaben der Gemeinden aus Lastenverteilung	84 464 083	74 555 109	9 908 974				Avoir des communes provenant de la répartition des charges

Motion Blaser (Münsingen) vom 19. Februar 1990 betreffend Neue Grundsätze in der Drogenpolitik, Ziffern 4 und 5
Der Regierungsrat hat in der Zwischenzeit das vom Motionär geforderte, interdisziplinär zusammengesetzte Leitungsorgan, bestehend aus Vertretern der Gesundheits-, Fürsorge-, Justiz-, Polizei- und - zusätzlich - der Erziehungsdirektion (Prävention im Schulbereich) eingesetzt. Hinsichtlich der Zusammenfassung der öffentlichen Ausgaben für den Drogensektor verweisen wir – wie bereits in der Motionsantwort in Aussicht genommen – auf den vorliegenden Verwaltungsbericht.

4.1.2 Ausserordentliche Abschreibungen

Keine.

4.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

4.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Motion Herzig vom 31. August 1988 betreffend Unterstützung alleinerziehender Mütter, Väter und minderbemittelter Eltern (als Postulat überwiesen)

Wie bereits im letzten Verwaltungsbericht angeführt, hat die vom Regierungsrat 1988 eingesetzte Arbeitsgruppe am 20. Dezember 1989 ihren Schlussbericht eingereicht und beantragt, entweder das Zuschussdekret und/oder das Fürsorgegesetz so zu ändern, dass alleinerziehenden Eltern ein fürsorgerechter Anspruch auf materielle Unterstützung unter standardisierten Bedingungen verschafft wird. Am 17. Januar des Berichtsjahres wurde die Fürsorgedirektion vom Regierungsrat beauftragt (RRB Nr. 0123), Zuschussdekret und/oder Fürsorgegesetz in diesem Sinne zu ändern. Die Arbeiten sind zurzeit im Rahmen eines neuen Fürsorgegesetzes im Gange.

Motion Suter vom 24. November 1988 betreffend Foyer für Alkoholranke

Entgegen den Erwartungen im letzten Verwaltungsbericht ist es zu keiner Eingabe einer Trägerschaft zur Schaffung eines Foyers für Alkoholranke gekommen. Das Anliegen wurde im Berichtsjahr dem Bernischen Verband für Suchtfragen weitergeleitet. Er wird demnächst seine Stellungnahme der Direktion einreichen. Die Schaffung einer neuen Institution erscheint zum heutigen Zeitpunkt nicht als vordringlich, hingegen ist eine stärkere Zusammenarbeit mit den Spitälern zur schnelleren Intervention bei Rückfällen anzustreben.

Postulat Beutler vom 17. April 1989 betreffend Probleme mit der Betreuung von Asylsuchenden, Ziffern 3 und 5 (Ziffer 4: Erfüllung von Ziffer 4 des Postulates liegt im Kompetenzbereich der Polizeidirektion, vgl. Verwaltungsbericht Polizeidirektion)

Hinsichtlich der Betreuung von Asylsuchenden in Hotels muss auch im Berichtsjahr auf den anhaltend starken Zustrom neuer Asylbewerber hingewiesen werden, was zur Verhinderung von Obdachlosigkeit weiterhin auch eine Unterbringung in Hotels erforderte. In Anbetracht der nach wie vor ungenügenden personellen Ressourcen konnte die Betreuung von Asylbewerbern in Hotels noch nicht im erwünschten Ausmass realisiert werden.

Nachdem der Bund seit Beginn des Berichtsjahres dem Kanton Stellenkontingente für das Betreuungspersonal von Asylbewerbern zuteilte, mussten hinsichtlich deren Beanspru-

Motion Blaser (Münsingen) du 19 février 1990 concernant les nouveaux principes de la politique de la drogue, chiffres 4 et 5

Depuis le dépôt de la motion, le Conseil-exécutif a constitué, comme le demandait le motionnaire, un organe directeur pluridisciplinaire composé des représentants des Directions de l'hygiène publique, des œuvres sociales, de la justice, de la police et, enfin, pour tout ce qui touche à la prévention dans les écoles, de l'instruction publique. Pour ce qui est des dépenses publiques en matière de toxicomanie, on voudra bien se référer, comme prévu lors de l'examen de la motion, au présent rapport de gestion.

4.1.2 Classement extraordinaire

Aucun.

4.2 Réalisation de motions et de postulats adoptés

4.2.1 Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé

Motion Herzig du 31 août 1988 concernant le soutien aux mères et aux pères seuls ayant la charge d'enfants et aux parents de condition modeste (adoptée comme postulat)

Comme le dernier rapport de gestion l'indiquait déjà, le rapport final, présenté le 20 décembre 1989, du groupe de travail institué en 1988 par le Conseil-exécutif propose de modifier le décret sur les allocations spéciales et/ou la loi sur les œuvres sociales de telle façon que les mères et les pères qui élèvent seuls leurs enfants aient droit à une aide matérielle sous des conditions uniformisées. Le 17 janvier de l'exercice sous rapport, le Conseil-exécutif a donné mandat à la Direction des œuvres sociales d'exécuter cette proposition (ACE N° 0123). Ce à quoi elle s'emploie dans le cadre de la révision de la loi sur les œuvres sociales.

Motion Suter du 24 novembre 1988 concernant le foyer pour alcooliques

Contrairement à ce qu'on aurait pu attendre depuis le dernier rapport de gestion, personne n'a déposé de projet visant à créer le foyer pour alcooliques. En cours d'exercice, la question a été soumise à l'Association bernoise pour les questions de toxicomanies, qui devrait rendre un avis à la Direction sous peu. A l'heure actuelle, il semble moins pressant de créer une nouvelle institution que d'intensifier la collaboration avec les hôpitaux de façon à intervenir au plus vite en cas de rechute.

Postulat Beutler du 17 avril 1989 concernant les problèmes de prise en charge des demandeurs d'asile, chiffres 3 et 5 (chiffre 4: l'exécution du chiffre 4 est de la compétence de la Direction de la police, cf. rapport de gestion de la Direction de la police)

Pour ce qui est de l'hébergement à l'hôtel, il est en dernier ressort inévitable si l'on ne veut pas faire des sans-abri des demandeurs d'asile qui continuent d'affluer en grand nombre. Toujours par manque de personnel, les demandeurs d'asile logés à l'hôtel continuent à n'être pas aussi bien pris en charge qu'on le souhaiterait.

Depuis que la Confédération a commencé, en début d'exercice, à allouer au canton des contingents de postes d'encadrement des demandeurs d'asile, on se familiarise progressivement avec le système. On prévoit de tirer au clair dès le début du prochain exercice si, et le cas échéant dans quelle mesure,

chung erste Erfahrungen gesammelt werden. Es ist geplant, Anfang des kommenden Berichtsjahres abzuklären, ob und inwieweit Gemeinden allenfalls aus dem Bundeskontingent Betreuerstellen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Motion Gugger vom 18. Mai 1989 betreffend Sicherstellung der Qualität bei der Pflege von Betagten und Behinderten
Diesem Problem ist bei der laufenden Revision des Fürsorgegesetzes Beachtung zu schenken. Die Arbeiten sind – wenn auch aufgrund personeller Wechsel mit Verzögerungen – im Berichtsjahr weiter vorangetrieben worden.

Motion Meier vom 25. Mai 1989 betreffend Ausbau der spital-externen Kranken- und Gesundheitspflege (SPITEX) (überwiesen als Postulat)

Die Erfüllung der in Ziffern 1 bis 3 angeführten Begehren wird im Rahmen des sich noch in Erarbeitung befindlichen Leitbildes für die Langzeitbetreuung weiter geprüft. Die Arbeiten am Leitbild konnten noch nicht abgeschlossen und entsprechende Massnahmen noch nicht festgelegt werden (vgl. Ziffer 2.3.7). Nach wie vor sind die Gleichberechtigung zwischen der stationären, halbstationären und ambulanten Versorgung sowie eine entsprechende Umverteilung der finanziellen Ressourcen zugunsten einer Stärkung der Spitex Bestandteile des Leitbildes. Wie schon im Verwaltungsbericht der Direktion von 1989 festgehalten wurde, sind die Fragen in Ziffer 4 des Begehrens anlässlich der Behandlung der Motion beantwortet worden.

Motion Schneider vom 25. Mai 1989 betreffend Schaffung eines «Bern light house» (Pflegeheim für Aids-Kranke) (Annahme als Postulat)

Im Berichtsjahr wurde in Bern der Betrieb eines «Krankenzimmers» zur Betreuung von Aids-Kranken aufgenommen und von der Fürsorgedirektion mit einer Überbrückungshilfe von 100 000 Franken subventioniert. Ob und in welchem Ausmass das Projekt im Folgejahr weiterhin vom Kanton finanziell unterstützt werden kann, hängt von den verfügbaren Budgetmitteln pro 1991 ab.

Motion Scherrer vom 14. September 1989 betreffend Dringende Massnahmen in der Drogenbekämpfung, Ziffer 5

Die vom Motionär verlangte Grosskampagne wird in Zusammenarbeit mit dem Bernischen Verband für Suchtfragen (PLUS-Fachstellen) geplant und ist mit der vom Bund vorgesehenen und finanziell unterstützten Präventionskampagne abzustimmen.

Motion Blatter vom 20. November 1989 betreffend Vorlegen eines kantonalen Alkoholkonzepts (überwiesen als Postulat)

Die Direktionen des Gesundheits- und Fürsorgewesens werden sich im kommenden Berichtsjahr mit Vorarbeiten zu einer kantonalen Gesundheitsplanung befassen. Das vom Motionär geforderte Alkoholkonzept soll – wie bereits in der Antwort auf die Motion erwähnt – Bestandteil der Gesundheitsplanung sein.

Motion Blaser (Münsingen) vom 19. Februar 1990 betreffend Neue Grundsätze in der Drogenpolitik, Ziffern 2 und 3 (überwiesen als Postulat)

Bei den in Ziffern 2 und 3 der Motion aufgeführten Anliegen handelt es sich um Daueraufträge der Direktion. Der Aufbau weiterer Anlaufstellen ist in Bern, Biel und Thun geplant, welche sich in der Nähe von Regionalspitalern befinden. Im Rahmen eines im nächsten Jahr zu veröffentlichenden Berichtes soll detailliert über das vorhandene ambulante und stationäre Behandlungsangebot sowie über die noch bestehenden Lücken Auskunft gegeben werden.

on peut allouer les postes du contingent fédéral aux communes.

Motion Gugger du 18 mai 1989, «Garantir la qualité des soins donnés aux personnes âgées et aux handicapés».

On tient compte de ce problème dans la révision, en cours, de la loi sur les œuvres sociales – révision dont les progrès ont sans doute été un peu moins rapides que prévu en raison de changements dans le personnel.

Motion Meier du 25 mai 1989 concernant le développement des soins infirmiers et sanitaires extra-hospitaliers (SPITEX) (adoptée comme postulat)

Les demandes formulées aux chiffres 1 à 3 de la motion sont toujours à l'étude dans le cadre des principes directeurs pour la prise en charge de longue durée, principes actuellement en cours d'élaboration. Les travaux n'ont pas encore pu être bouclés et les mesures d'exécution, par conséquent, définies (cf. chiffre 2.3.7). Les principes directeurs s'intéressent toujours à l'égalité des assistances, qu'elles soient hospitalières, semi-ambulatoires ou ambulatoires, et à la redistribution des ressources financières en faveur du MAD que cette égalité suppose. Comme cela avait déjà été dit dans le rapport de gestion de la Direction pour 1989, les réponses aux questions du chiffre 4 ont été apportées lors de l'examen de la motion.

Motion Schneider du 25 mai 1989 concernant la création à Berne d'une «Light House» (Foyer médicalisé pour les malades du SIDA) (adoptée comme postulat)

Dans le courant de l'exercice, une «chambre de malades» pour l'assistance des malades du sida s'est ouverte à Berne, avec l'aide d'un crédit-passerelle de 100 000 francs de la Direction des œuvres sociales. On ne sait pas encore dans quelle mesure, si tant est que ce soit le cas, on pourra continuer à subventionner le projet l'année prochaine. Tous dépendra des crédits budgétaires 1991 à disposition.

Motion Scherrer du 14 septembre 1989 concernant des mesures urgentes pour lutter contre la drogue, chiffre 5

On élabore actuellement, avec le concours de l'Association bernoise pour les questions de toxicomanies (Centres PLUS), un projet pour la campagne à grande échelle demandée par le motionnaire, campagne préventive qu'il faudra harmoniser avec celle projetée et subventionnée par la Confédération.

Motion Blatter du 20 novembre 1989 concernant l'élaboration d'un programme cantonal en matière de lutte contre l'alcoolisme (adoptée comme postulat)

Au cours du prochain exercice, les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales procéderont aux travaux préparatoires à l'élaboration d'une planification cantonale de la santé publique. La réponse que le Conseil-exécutif avait apportée à la question du motionnaire le disait déjà: le programme en matière de lutte contre l'alcoolisme fera partie de la planification de la santé publique.

Motion Blaser (Münsingen) du 19 février 1990 concernant les nouveaux principes pour la politique en matière de drogue, chiffres 2 et 3 (adoptée comme postulat)

Les chiffres 2 et 3 de la motion ont trait à des mandats permanents de la Direction. On a prévu de multiplier les centres de première rencontre à Berne, à Bienne et à Thoune, à proximité des hôpitaux régionaux. Un rapport dont la publication est attendue pour l'année prochaine fournira toutes les informations utiles sur l'éventail existant des traitements ambulatoires et hospitaliers, comme d'ailleurs sur ses lacunes.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Postulat Suter vom 19. November 1987 betreffend Förderung der spitalexternen Dauerpflege

Die Erfüllung der in Ziffern 1 und 2 des Postulates angeführten Begehren wird im Rahmen des sich in Erarbeitung befindenden Leitbildes für die Langzeitbetreuung weiter geprüft. Die Arbeiten am Leitbild konnten noch nicht abgeschlossen werden (vgl. Ziffer 2.3.6 / Alterspolitik 2005 und Ziffer 2.3.7 / Leitbild für die Langzeitbetreuung des vorliegenden Berichtes). Sowohl die gezielte Förderung von Entlastungsmöglichkeiten für betreuende und pflegende Angehörige wie auch die Stärkung der ambulanten und teilstationären Versorgung sind nach wie vor Bestandteil des Leitbildes. Die generelle Ausrichtung auf die Langzeitpflege und -betreuung ist neu bereits im Titel festgehalten.

Postulat Herzig vom 14. November 1988 betreffend Schaffung eines Flüchtlingssekretariates im Landesteil Oberaargau-Emmental

Die Verhandlungen mit den Gemeinden Burgdorf und Langenthal haben bisher keine neuen Resultate gebracht. Hingegen plant die Gemeinde Langnau ein Durchgangsheim mit 50 Plätzen. Parallel dazu soll auch die Schaffung eines Flüchtlingssekretariates für den Landesteil Oberaargau-Emmental geprüft werden.

Bern, März 1991

Der Fürsorgedirektor: *Hermann Fehr*

Vom Regierungsrat genehmigt am 8. Mai 1991

Anhang:

Aufstellung der Kosten im Asylwesen pro 1990

Aufstellung der öffentlichen Ausgaben für den Drogensektor

Anhang I

Zusammenfassung der Kosten im Asylbereich pro 1990

1. *Bereich Erstaufnahme Stadt Bern*

Erstaufnahmezentren an der Freiburgstrasse und an der Weissensteinstrasse mit einer Gesamtkapazität von 80 Plätzen. Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab. Aus diesem Grund entstehen für den Staat in diesem Bereich keine Aufwendungen.

2. *Bereich Erstaufnahme Kanton*2.1 *Gruppenunterkünfte der Heilsarmee*

Es handelt sich insbesondere um die Zentren Aarwangen, Gümligen, Ittigen, Ostermundigen, Zollikofen, Belp, Kehrsatz, Bolligen, Weissensteinstrasse, Rugen/Interlaken mit einer Gesamtkapazität von rund 320 Plätzen. Die Gesamtaufwendungen betragen im Berichtsjahr 4 115 330.75 Franken. Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden, wobei die Abrechnung betreffend das 4. Quartal noch ausstehend ist.

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai a été prolongé*

Postulat Suter du 19 novembre 1987 concernant la promotion des soins extra-hospitaliers

Les points sous chiffres 1 et 2 du postulat sont toujours à l'étude dans le cadre des principes directeurs pour la prise en charge de longue durée – principes en cours d'élaboration. Les travaux en question n'ont pas pu être achevés (cf. chiffre 2.3.6 / Politique du 3^e âge 2005 et chiffre 2.3.7 / Principes directeurs pour la prise en charge de longue durée du présent rapport). Tant la promotion ciblée des possibilités de dépannage de l'entourage qui soigne et prend en charge le patient que le renforcement des formes d'assistance ambulatoires et semi-ambulatoires sont toujours au cœur des débats sur les principes directeurs. Le nouveau titre est révélateur du nouvel axe de réflexion que sont les soins et la prise en charge de longue durée.

Postulat Herzig du 14 septembre 1988 concernant la création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental

Toujours pas de résultats à ce jour dans les négociations entre la Direction et les communes de Berthoud et de Langenthal. La commune de Langnau pour sa part envisage de créer un foyer de transit avec une capacité d'accueil de 50 personnes. La création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental sera étudiée à la lumière de ce nouveau projet.

Berne, mars 1991

Le directeur des œuvres sociales: *Hermann Fehr*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 8 mai 1991

Annexes:

Tableau des coûts de l'asile en 1990

Tableau des dépenses publiques dans le secteur de la drogue

Annexe I

Bilan des coûts de l'asile en 1990

1. *1^{re} phase: premier accueil, par la Ville de Berne*

Les centres de premier accueil de la Freiburgstrasse et de la Weissensteinstrasse avec une capacité d'accueil totale de 80 personnes. La Confédération verse directement les frais d'exploitation à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense pour l'Etat.

2. *1^{re} phase: premier accueil, par le canton*2.1 *Logements collectifs de l'Armée du Salut*

Il s'agit plus particulièrement des Centres d'Aarwangen, de Gümligen, d'Ittigen, d'Ostermundigen, de Zollikofen, de Belp, de Kehrsatz, de Bolligen, de la Weissensteinstrasse, de Rugen/Interlaken qui totalisent 320 places. Les dépenses ont atteint 4 115 330.75 francs au cours de cet exercice. On peut compter sur le remboursement intégral par la Confédération; il reste cependant à régler les comptes du 4^e trimestre.

2.2 *Kurzfristige Provisorien der Heilsarmee und der kantonalen Fürsorgedirektion*

Es handelt sich insbesondere um die Zentren Melchnau, Kandersteg, Burgdorf, Ostermundigen/Steingrübli, Ottenleuenbad, Tramelan, Langnau (Bärau) und die kantonalen Notunterkünfte in Zivilschutzanlagen mit einer Gesamtkapazität von rund 650 Plätzen. Die Gesamtaufwendungen betrugen 1069 849.90 Franken. Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden, wobei die Abrechnung betreffend das 4. Quartal noch ausstehend ist.

2.3 *Hotelunterkünfte; Stand Ende Dezember 1990*

Die Asylbewerber werden wegen Mangels anderweitiger Unterbringungsmöglichkeiten zum Teil auch in Hotels untergebracht. Die Betreuung dieser Asylbewerber wird soweit überhaupt möglich durch die Triagestelle der Fürsorgedirektion wahrgenommen. Die aufgeführten Kosten beinhalten auch Sozialgelder, Arzt- und Spitalkosten, das Einkleiden und die Pensionspreise der Hotels. Ende Dezember 1990 waren rund 980 Asylbewerber in Hotels untergebracht. Die Gesamtkosten betrugen 9 490 202.30 Franken.

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

3. *Bereich zweite Stufe; Durchgangszentren*

3.1 *Durchgangszentren der Stadt Bern*

Es handelt sich um die Zentren Münsingen, Studen, Langnau, Bremgarten, Roggwil, Halenbrücke, Zollikofen, Worb und Enggistein mit einer Gesamtkapazität von rund 370 Plätzen. Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab, so dass für den Kanton in diesem Bereich keine Aufwendungen entstehen.

3.2 *Durchgangszentren der Städte Thun und Biel*

Es handelt sich um das Durchgangszentrum Seestrasse und die Aussenstationen in Thun mit einer Gesamtkapazität von rund 120 Plätzen und die Zentren Tramelan, Schlüssel Biel und Aussenstationen der Stadt Biel mit einer Gesamtkapazität von rund 190 Plätzen. Die Städte Biel und Thun bevorschussen die Aufwendungen. Der Staat ist lediglich Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen betrugen 2 144 627.10 Franken.

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

3.3 *Kantonale Durchgangszentren*

Es handelt sich um die Zentren in Sumiswald (inklusive Umbau und Bezug Wyssachen), Sundlauenen und Unterseen mit einer Gesamtkapazität von rund 110 Plätzen. Die Gesamtaufwendungen betrugen 2 494 909 Franken.

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

4. *Personalkosten*

Die gesamtkantonalen Personalkosten zulasten des Betreuerkontingentes betrugen in diesem Jahr 3 045 773.85 Franken. Aufgrund der Rekrutierungsschwierigkeiten und der fehlenden

2.2 *Logements de fortune de l'Armée du Salut et de la Direction cantonale des œuvres sociales*

Il s'agit en particulier des centres de Melchnau, de Kandersteg, de Berthoud, d'Ostermundigen/Steingrübli, d'Ottenleuenbad, de Tramelan, de Langnau (Bärau) et des logements de fortune cantonaux dans les abris de la protection civile avec une capacité d'accueil globale de près de 650 places. Les dépenses étaient au total de 1069 849.90 francs. On peut compter sur le remboursement intégral de la Confédération; il reste cependant à régler les comptes du 4^e trimestre.

2.3 *Hôtels; état: fin décembre 1990*

Faute d'autres modes d'hébergement, certains demandeurs d'asile sont logés à l'hôtel. La prise en charge de ces demandeurs d'asile incombe en principe au Service de tri de la Direction des œuvres sociales. Les frais en cause comprennent aussi l'argent de poche, les frais médicaux et hospitaliers, les vêtements et la pension à l'hôtel. Fin décembre 1990, ils étaient quelque 980 demandeurs d'asile à être hébergés à l'hôtel. Pour un coût global de 9 490 202.30 francs. Remboursement intégral par la Confédération.

3. *2^e phase: centres de transit*

3.1 *Centres de transit de la Ville de Berne*

Il s'agit notamment des centres de Münsingen, de Studen, de Langnau, de Bremgarten, de Roggwil, de Halenbrücke, de Zollikofen, de Worb et d'Enggistein avec une capacité d'accueil globale d'environ 370 places. La Confédération verse les frais d'exploitation directement à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense pour l'Etat.

3.2 *Centres de transit de la Ville de Thoune et de la Ville de Bienne*

Il s'agit du Centre de transit Seestrasse et de ses unités extérieures à Thoune, avec une capacité totale d'environ 120 places, et des centres Tramelan, Schlüssel, à Bienne, et des unités extérieures de la Ville de Bienne avec une capacité d'accueil globale de 190 places environ. Tant à Bienne qu'à Thoune, c'est la Ville qui avance chaque fois les fonds, l'Etat ne jouant que le rôle d'intermédiaire. Les frais se sont élevés au total à 2 144 627.10 francs.

Remboursement intégral par la Confédération.

3.3 *Centres de transit cantonaux*

Il s'agit des centres de Sumiswald (nouvelles annexes de Wyssachen comprises), de Sundlauenen et d'Unterseen avec une capacité d'accueil totale de quelque 110 places. Les dépenses se sont élevées en tout à 2 494 909 francs.

Remboursement intégral par la Confédération.

4. *Frais de personnel*

Pour l'ensemble du canton, les frais de personnel à la charge du contingent de postes d'encadrement ont atteint au total cette année 3 045 773.85 francs. En raison des problèmes de recru-

Unterkunftsplätze war es nicht möglich, das bewilligte Be-
treuerkontingent vollumfänglich auszuschöpfen.

5. *Bernische Gemeinden der 3. Stufe*

Die Gemeinden bevorschussen die anfallenden Kosten. Der
Staat ist lediglich Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen
betrugen in diesem Jahr 3 833 774.45 Franken netto (Rück-
erstattungen der Asylbewerber wurden bereits verrechnet).

6. *Ausreisekosten*

9581 Franken, vollumfängliche Rückerstattung durch den
Bund.

7. *Inkassodienst*

Rückerstattungen von Asylbewerbern zuhanden der kantona-
len Fürsorgedirektion 54 316.25 Franken (wurden dem Bund
weitergeleitet).

8. *Verwaltungsaufwendungen*

Gemäss Weisung zum Asylgesetz erhalten die Kantone pro
neu zugewiesenen Asylbewerber eine Verwaltungspauschale
von 1000 Franken. Diese betrug im Berichtsjahr 5 348 748
Franken. Für Ihre Mitarbeit im Asylbereich wurden den Städten
Bern, Biel, Thun und der städtischen Fremdenpolizei Bern
Beträge im Umfang von gesamthaft 2 535 487.05 Franken
überwiesen. Mit der Erhöhung der Verwaltungspauschale sei-
tens des Bundes wurde jedoch die Übernahme der Koordina-
tionskosten der Hilfswerke durch die kantonalen Behörden ver-
bunden. Diese betrugen im Berichtsjahr 179 920 Franken. Die
übrigen 2 633 340.95 Franken müssen zwischen der kantona-
len Fremdenpolizei, dem KIGA und der kantonalen Fürsorge-
direktion aufgeteilt werden.

9. *Kirchliche Kontaktstellen*

Gesamtaufwendungen: 387 784 Franken

10. *Dezentralisierte Veranstaltungen
für Gemeindebehördenmitglieder*

Gesamtaufwendungen: 69 000 Franken

11. *Zusammenfassung*

Kosten 1990	Fr.
Gruppenunterkünfte der Heilsarmee	4 115 330.75
Kurzfristige Provisorien der Heilsarmee und der kantonalen Fürsorgedirektion	1 069 849.90
Hotelunterkünfte	9 490 202.30
Durchgangszentren der Städte Biel und Thun	2 144 627.10
Kantonale Durchgangszentren	2 494 909.-
Personalkosten	3 045 773.85
Bernische Gemeinden der 3. Stufe	3 833 774.45
Ausreisekosten	9 581.-
Verwaltungsaufwendungen	2 535 487.05
Koordinationskosten	179 920.-
Kirchliche Kontaktstellen	387 784.-
Dezentralisierte Veranstaltungen	69 000.-
Total (Rückerstattungen durch den Bund nicht berücksichtigt)	29 376 239.40

tement et de la pénurie de logements, le contingent de postes
d'encadrement alloué n'a pas pu être épuisé.

5. *3^e phase: répartition entre les communes
du canton de Berne*

Les communes avancent les frais occasionnés. L'Etat ne joue
qu'un rôle d'intermédiaire. Les dépenses ont totalisé
3 833 774.45 francs nets cette année (déduction faite des
sommes remboursées par les demandeurs d'asile).

6. *Frais de retour*

9581 francs, remboursés intégralement par la Confédération.

7. *Service de recouvrement*

Remboursements effectués par les demandeurs d'asile à la
Direction cantonale des œuvres sociales
54 316.25 francs (rétrocédés à la Confédération).

8. *Frais administratifs*

Conformément à la directive relative à la loi sur l'asile, les can-
tons reçoivent la somme forfaitaire de 1000 francs pour frais
administratifs par demandeur d'asile nouvellement accueilli.
Au total, ce sont 5 348 748 francs qui ont été perçus pour
l'exercice sous rapport. Pour leur collaboration en matière
d'asile, les villes de Berne, Bienne et Thoun et la Police des
étrangers de la Ville de Berne ont reçu ensemble 2 535 487.05
francs. La Confédération a certes relevé le forfait pour frais
administratifs, mais les autorités cantonales ont dû, de leur
côté, prendre à charge les frais de coordination des œuvres
d'entraide, qui sont passés à 179 920.- francs au cours de cet
exercice. Les 2 633 340.95 francs restants sont à répartir
entre la Police cantonale des étrangers, l'OCIAMT et la Direc-
tion cantonale des œuvres sociales.

9. *Offices de consultation sur l'asile*

Coût total: 387 784 francs

10. *Manifestations décentralisées à l'intention
des membres des autorités communales*

Coût total: 69 000 francs

11. *Résumé*

coûts 1990	frs
Logements collectifs de l'Armée du Salut	4 115 330.75
Logements de fortune de l'Armée du Salut et de la Direction cantonale des œuvres sociales	1 069 849.90
Hôtels	9 490 202.30
Centres de transit de la Ville de Bienne et de la Ville de Thoun	2 144 627.10
Centres de transit cantonaux	2 494 909.-
Frais en personnel	3 045 773.85
3 ^e phase: répartition entre les communes du canton de Berne	3 833 774.45
Frais de retour	9 581.-
Frais administratifs	2 535 487.05
Frais de coordination	179 920.-
Offices de consultation sur l'asile	387 784.-
Manifestations décentralisées	69 000.-
Total (compte non tenu des remboursements par la Confédération)	29 376 239.40

Anhang II

Zahlungen im Drogenbereich pro 1990
Direktsubventionierte und/oder
beitragsberechtignte Institutionen

1. *Prävention*1.1 *Privatrechtliche Institutionen*

PLUS-Fachstellen für Sucht- und Gesundheitsfragen	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Bern	Bernischer Verband für Suchtfragen	1 940 000
Biel	idem	
Thun	idem	
Langenthal	idem	
Prophylaxe-Team in Bern	idem	

1.2 *Öffentlich-rechtliche Institutionen*

Keine

1.3 *Kirchliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	90 000

2. *Beratung/ambulante Betreuung*2.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Contact-Bern	Stiftung Contact	3 600 000
Contact-Thun	Verein Sozialberatungsdienste Amt Thun	793 667
DROP-In Biel	Verein zur Verhütung der Drogensucht in Biel	735 000
JUDRO Burgdorf	Verein Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf	96 000
Jugendberatung Langenthal	Kirchgemeindeverband Oberaargau	168 689
Jugendberatung Langnau	Kirchgemeindeverband Oberemmental	75 000
Jugendberatung Laufen	Verein Sozialdienste Laufen	90 000

2.2 *Öffentlich-rechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	203 807

Annexe II

Coût de la lutte contre la toxicomanie en 1990
Institutions subventionnées directement
et/ou à forfait

1. *Prévention*1.1 *Institutions de droit privé*

Centres PLUS de promotion de la santé et de prévention des toxicomanies	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Berne	Association bernoise pour les questions de toxicomanies	1 940 000
Bienne	idem	
Thoune	idem	
Langenthal	idem	
«Prophylaxe-Team» Berne	idem	

1.2 *Institutions de droit public*

Aucune

1.3 *Institutions ecclésiastiques*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	90 000

2. *Consultation/Prise en charge ambulatoire*2.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Contact-Berne	Fondation Contact	3 600 000
Contact-Thoune	Association «Sozialberatungsdienst Amt Thun»	793 667
DROP-in Bienne	«Verein zur Verhütung der Drogensucht», Bienne	735 000
JUDRO Berthoud	Association «Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf»	96 000
Jugendberatung Langenthal	Association paroissiale Haute-Argovie	168 689
Jugendberatung Langnau	Association paroissiale Oberemmental	75 000
Jugendberatung Laufen	Association «Sozialdienste»	90 000

2.2 *Institutions de droit public*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	203 807

3. *Wohngemeinschaften/stationäre Betreuung*3.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Rüdling» Wimmis AEBI-HUS, Leubringen	Verein sozialtherap. Gemeinschaft «Rüdling» Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	270 000 24 565
Stiftung «Hilfe zum Leben» Wohngemeinschaft «Schlüssel», Detligen	Stiftung Hilfe zum Leben Stiftung Terra Vecchia	100 958 28 645
Gemeinschaft «Melchenbühl», Gümligen und Brienzwiler	dito	54 145
Wohngemeinschaft «Bordei», Bordei, TI	dito	44 200
Wohngemeinschaft «Corte di Sotto», Rasa	dito	

3.2 *Öffentlich-rechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Vacher- ries du Fuet» und Wohn- gemeinschaft für Jugendliche «CRCJ» St-Imier	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

4. *Entzugseinrichtungen*4.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Verein «Freier Fall», Bern	Verein «Freier Fall»	241 555

4.2 *Öffentliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Entzugsstation K2	Psychiatr. Universitätsklinik Waldau	enthalten im Gesamtbudget
Entzugsstation der Klinik Bellelay	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

5. *Überlebenshilfe*5.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Anlaufstelle Kleine Schanze	Stiftung Contact-Bern	enthalten im Gesamtbudget
Anlaufstelle Nägeligasse	dito	dito

3. *Communautés d'habitation/
prise en charge hospitalière*3.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Communauté d'habitation «Rüdling» Wimmis AEBI-HUS, Leubringen	Association «sozialtherapeu- tische Gemeinschaft «Rüdling» Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	270 000 24 565
Fondation «Hilfe zum Leben» Communauté d'habitation «Schlüssel», Detligen	Fondation «Hilfe zum Leben» Fondation Terra Vecchia	100 958 28 645
Communauté d'habitation «Melchenbühl», Gümligen et Brienzwiler	idem	54 145
Communauté d'habitation «Bordei», Bordeï, TI	idem	44 200
Communauté d'habitation «Corte di Sotto», Rasa	idem	

3.2 *Institutions de droit public*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Communauté d'habitation «Vacheries du Fuet» et communauté d'habitation pour jeunes «CRCJ» Saint-Imier	Clinique psychiatrique cantonale de Bellelay	inclus dans le budget global

4. *Institutions de désintoxication*4.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Association «Freier Fall», Bern	Association «Freier Fall»	241 555

4.2 *Institutions de droit public*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Unité de détoxication K2	Clinique psychiatrique universitaire de la Waldau	inclus dans le budget global
Unité de détoxication de la clinique de Bellelay	Clinique psychiatrique cantonale de Bellelay	inclus dans le budget global

5. *Aide à la survie*5.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Antenne à la «Kleine Schanze»	Fondation Contact-Berne	inclus dans le budget global
Antenne de la Nägeligasse	idem	idem

6. *Nachsorge*6.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Arbi-Bern	Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	enthalten im Gesamtbudget
Nachsorge «Rüdli»	Verein sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdli»	enthalten im Gesamtbudget
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	enthalten im Gesamtbudget

7. *Investitionsvolumen Kauf/Bau/Umbau
pro 1990*7.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Sonnegg» Heiligenschwendi	Evangelische Gesellschaft des Kantons Bern	200 000

8. *1990 erstmals subventionierte Institutionen*8.1 *Privatrechtliche Institutionen*

	Trägerschaft	Zahlungen 1990 ¹ Fr.
Niederschwellige Entzugs- station «Fallschirm», Biel	Verein «Fallschirm»	40 000
Krankenzimmer, Bern	Verein Kranken- und Obdachlosenprojekt, Bern	100 000

¹ Die Zahlen beruhen auf dem Kassenprinzip. Gewisse Schlusszahlungen können erst im Folgejahr geleistet werden, da noch Bundesbeiträge ausstehen.

Die weiterführende Finanzierung dieser und die Subventionierung neuer, geplanter Institutionen ist abhängig davon, ob noch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

6. *Prise en charge ultérieure*6.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Arbi-Bern	Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	inclus dans le budget global
Nachsorge Rüdli	Association «sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdli»	inclus dans le budget global
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	inclus dans le budget global

7. *Volume d'investissements
Achat/Construction/Transformation en 1990*7.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Communauté d'habitation «Sonnegg», Heiligenschwendi	Evangelische Gesellschaft des Kantons Bern	200 000

8. *Institutions nouvellement subventionnées en 1990*8.1 *Institutions de droit privé*

	Collectivité responsable	Dépenses 1990 ¹ francs
Unité de détoxication souple «Fallschirm», Bienne	Association «Fallschirm»	40 000
«Krankenzimmer», Berne	Association «Kranken- und Obdachlosenprojekt Bern»	100 000

¹ Les chiffres reposent sur le principe de caisse. Un certain nombre de versements finaux ne pourront avoir lieu que l'année suivante, certaines contributions fédérales n'ayant, de leur côté, pas encore été versées.

Nous ne pourrions continuer à subventionner ces institutions-là ou d'autres que si l'on met à notre disposition des fonds supplémentaires.

